

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Inserionsgebühr beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Der Komfort bei den Verkehrsanstalten.

Anlässlich der Kritik, die jüngst im Reichstage bei der Besprechung der Auswanderungsfrage an den Einrichtungen der Auswandererschiffe geübt wurde, wird nun in einigen hantsattischen Blättern ein großer Lärm erhoben, wobei der langen Rede kurzer Sinn der ist, daß die Einrichtungen auf den Auswandererschiffen so vortrefflich sind, daß sie gar nicht besser gemacht werden könnten. Nun, wer die Einrichtungen der Auswandererschiffe und die Zustände auf denselben aus eigener Anschauung kennt, der wird sich sagen müssen, daß sich in Folge der häufigen Beschwerden und Anlagen sehr Vieles gebessert hat, daß aber damit noch keineswegs ein Grad des Komforts erreicht worden ist, der es überflüssig machen könnte, über diese Angelegenheiten zu diskutieren. Wir nehmen es auch nicht gar so ernst, wenn die Herren Rheber sich gebärden als ob sie ihre Dampferlinien aus reinem Idealismus zum Wohle der wandernden Menschheit eingerichtet hätten und brauchen wohl kaum darauf hinzuweisen, daß hier, wie bei allen Privatunternehmungen, die Höhe der Vergütung des Betriebskapitals maßgebend ist. Vor einigen Jahren lieferte die Verwaltung des „Norddeutschen Lloyd“ in Bremen den Passagieren für den gewöhnlichen Uebersfahrtspreis auch eine Decke oder Matrage. Sicherlich geschah dies nicht aus Humanität, sondern es war eine einfache Konkurrenzmaßregel.

In diesen Dingen herrschen bei uns in Deutschland überhaupt noch sonderbare Ansichten. Man ist schon ungenügend erfreut und redet von großen Kulturfortschritten, wenn man hört, daß die Passagiere auf den Schiffen sehr leidlich behandelt werden, daß die Verköstigung erträglich ist und daß die Zahl der Todesfälle an Bord keine auffällige ist. Gerade so beschreiben sich wir mit unseren Eisenbahnen. Wenn wir recht berichtet sind, so hat man sich bei den großherzoglich-oldenburgischen Eisenbahnen erst vor drei Jahren von der Nothwendigkeit überzeugt, im Winter die Waggonen zu heizen. Aber auch heute noch findet man vielfach Linien, wo die Erwärmung der Koupés in allen Klassen eine äußerst mangelhafte ist; es kann auch vorkommen, daß sie ganz fehlt. Man findet er begrifflich, daß die Bedürfnisanstalten gänzlich fehlen, oder nur die erste und höchstens die zweite Klasse mit solchen versehen ist; mag der Passagier einfach sehen, wie es über die aus diesem Umstände entstehenden Verlegenheiten hinwegkommt. Es wäre ja nicht so schwer, diesem Uebelstande abzuhelfen, allein bei den Privatbahnen leiden es die Aktionäre nicht und bei den Staatsbahnen denkt man wahrscheinlich, das Publikum hat sich einmal an die Sache gewöhnt und so kann man es einstweilen noch beim Alten

lassen. Es sind nur äußerst seltene Fälle, in denen man sich entschließt, der dritten Klasse auch ein wenig — Komfort kann man nicht sagen — Aufmerksamkeit zuzuwenden. Und doch bringen die Passagiere der dritten Klasse vielleicht den Bahnen am Meisten ein. Die Passagiere der vierten Klasse bringen mehr ein als diejenigen der ersten Klasse und demnach müssen sie sich darcin ergeben, daß man sie in Wagen unterbringt, die sich von Viehwagen nur dadurch unterscheiden, daß eben Menschen mit ihnen transportirt werden. Und wozu hat man in der vierten Klasse die Vorrichtungen zum Sitzen völlig weggelassen. Ein vernünftiger Grund wird sich dafür kaum finden lassen.

So ließ sich noch einer Menge von Umständen Erwähnung thun, daß sich unsere Verkehrsanstalten im Vergleich zu früher allerdings wesentlich gebessert haben und daß sie in einer Periode ständiger Verbesserung begriffen sind, daß aber namentlich in Bezug auf Bequemlichkeit und Behaglichkeit noch lange nicht der Grad erreicht worden ist, der unseren heutigen allgemeinen Verhältnissen entsprechen dürfte. Deshalb mögen jene Auswanderungs-Agenten und andere Bediensteten der Rheber, von denen jener Lärm hauptsächlich herrührt, doch lieber schweigen. Man soll nicht überreiden und so sei denn auch gerne zugegeben, daß die Zustände auf den Auswandererschiffen im Allgemeinen nicht so schlimm sind, wie sich Manche es vorstellt. Andererseits aber ist entschieden zu betonen, daß in den Einrichtungen dieser Schiffe keineswegs Alles zu finden ist, was man für Bequemlichkeit, Gesundheit und Verpflegung der Passagiere in unserer Zeit und unter unseren Verhältnissen verlangt.

Vor allen Dingen steht es den Auswanderungs-Agenten und Rhedern schlecht an, ihre eigenen Einrichtungen selbst so sehr zu rühmen. Sie sollten abwarten, bis dies andere Leute thun.

Politische Uebersicht.

Ueber den gesetzlichen Maximalarbeitstag findet jetzt eine lebhafte Diskussion in der Presse statt. Anknüpfend an die Verhandlungen, welche diesbezüglich im deutschen Reichstage stattfanden, sucht jede Zeitung, ihren politischen Grundsatzen entsprechend, an dieser Frage herumzudoktern und mit mehr oder weniger Phrasen den Nachweis zu führen, daß eine gesetzlich geregelte Arbeitszeit aus verschiedenen Gründen nicht eingeführt werden könne. — Gründe sind bekanntlich billig wie Brombeeren und namentlich die Gründe, welche heute noch gegen den Maximalarbeitstag ins Feld geführt werden. Statt einer sachlichen und eingehenden Diskussion, begegnet man den alten, längst abgenutzten und kleinlichen Einwendungen, die unwillkürlich den Eindruck hervorgerufen, daß die halben und ganzen Gegner in dieser Frage mit ihrem Latein zu Ende sind. — Während die Einen auf die Erntezeit und darauf hin-

weisen, daß nach längerer Regenzeit an einem guten Tage bis in die Nacht hinein gearbeitet werden müsse, haben die Anderen einen Hufschmidt in petto, der an den Tagen, welche Glätte aufzuweisen haben, doch unmöglich die gesetzliche Arbeitszeit innehalten könne. Man muß staunen, über die große Weisheit, welche diese Leute zu Tage fördern; es geht ihnen, wie welland den Pharisäern, welche Jesus von Nazareth, als er die Sabbattheiligung predigte, zuriefen: „Wir können Deine Lehre nicht befolgen, denn wenn uns am Sabbath ein Osele oder Esel in den Brunnen fiel, was sollen wir dann machen?“ — Den Pharisäern wurde die Antwort zu Theil: „Dann zieht ihr den Ochsen oder Esel aus dem Brunnen heraus!“ — Die Pharisäer sollen beschämt von dannen gegangen sein. — Das waren die Pharisäer des Alterthums; die modernen Pharisäer werden freilich nicht beschämt von dannen gehen; sie sind längst in die Hornhaut eines Siegfried getrocknet und alle Theile der gesunden Vernunft prallen von ihnen ab. — Die gesunde Vernunft sagt uns aber, daß die große Masse des Volkes nicht um deswegen Abstand von der Einführung eines Maximalarbeitstages nehmen kann und wird, weil einige Gutsbesitzer ihr Heu einfahren wollen und ein Hufschmidt ein Pferd zu beschlagen hat, sondern daß es ein Leichtes sein wird, solche untergeordnete Fragen zu lösen, wenn man nur den Muth hat, der Willkür fest ins Auge zu schauen.

Zur Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer 1884/85. Ueber die für das Etatsjahr 1884/85 zur Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer veranlagten Personen ist dem Abgeordnetenhaus die übliche Nachweisung zugegangen. Wir entnehmen daraus die folgenden Angaben: Der preussische Staat hat nach den Klassensteuerrollen eine Seelenzahl von 27 224 179, davon unterliegen der klassifizirten Einkommensteuer 694 355. Befreit von der Klassensteuer sind 5 259 048. 2,55 Prozent unterliegen der klassifizirten Einkommensteuer, 19,32 Prozent der Klassensteuer, 78,13 Prozent sind von Steuer befreit. Die Klassensteuer ergibt einen Betrag von insgesammt 20 110 106. Der Betrag der Einkommensteuer beläuft sich auf 38 641 428 Mark. 14 015 Personen, welche im Vorjahr zur Klassensteuer veranlagt waren, sind jetzt zur Einkommensteuer herangezogen.

Die Debatte über den Maximalarbeitstag im deutschen Reichstage veranlaßt die Londoner „Ball Mail Gazette“ zu längeren Ausführungen. Das Blatt empfiehlt dem deutschen Reichstags, diese Arbeiterfrage zum Gegenstand einer internationalen Enquete zu erheben. „Wenn er“ bemerkt das Blatt, „eine europäische Konferenz über die Arbeitsstunden einberiefe, würde er die beste Karte der Internationale auspielen und die Millionen abertausend daran erinnern, daß der Sozialismus der Autorität weit mehr für ihre Wohlfahrt thun dürfte, als der Sozialismus der Anarchie.“ Die Ball Mail Gazette hofft, die Zeit sei nicht ferne, wo eine Nation, die keine gesetzliche Bestimmung trifft, daß ihre Untertanen Anspruch auf mindestens vier Rubetage im Monat haben und sie länger als 12 Stunden pro Tag arbeiten läßt, als ein Feind des Menschengeschlechts gebrandmarkt werden wird.

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur. (Fortsetzung.)

Mrs. Ely war für ihn nicht nur eine Person, welche sein Mitgefühl erregte, nicht nur eine Patientin, deren Wohl ihm dem Arzte, am Herzen liegen mußte. O nein! Ihr schönes sanftes Auge hatte sein Herz tief ergriffen; ihr liebliches Anlitz hatte auf ihn einen tieferen Eindruck gemacht, als er Anderen, ja, als er sich selbst gestand. Sie frei, sie glücklich zu machen, das war sein innigster Wunsch; nicht der Wunsch eines theilnehmenden, nein, der Wunsch eines liebenden Herzens.

Neunzehntes Kapitel.

Obwohl die Zeit noch nicht gekommen war, wo die Bureaustunden des Scherichtes aufhörten, glaubte der ältere Kollege des Herrn Naydor doch keine Pflichtverletzung zu begehen, wenn er diesem erlaubte, schon jetzt das Bureau zu verlassen, eine Erlaubniß, von welcher der junge Schreiber bereitwillig Gebrauch machte. Fritz ließ sein Pferd in dem nahen Gasthof unterbringen und ging mit seinem Begleiter die Hauptstraße des Fleckens entlang, welche auf die Chaussee hinausführte. Der junge Mann erzählte ihm allerlei; halb von seinen Erlebnissen im Bureau, oder von den Vorzügen des Aufenthalts in Westmin, bald von seinen früheren glücklichen Tagen, zu der Zeit, da sein Vater noch lebte, oder von Mr. Worlds großer Strenge und von seinem Geize.

Aber Fritz hörte dies Alles nur halb, er antwortete kurz und zerstreut, seine Gedanken beschäftigten sich mit Ely und dem Geheimniß, dessen Lösung er mit jedem Schritte näher kam. Das Haus, in welchem Mrs. Naydor wohnte, lag fast ganz am Ende des Fleckens. Es war ein sehr kleines und sehr bescheidenes Häuschen.

Die alte Frau saß auf einer Holzbank vor der Thür im Schatten einer mächtigen Linde mit einer Nahrung be-

schäftigt. An ihrer Seite saß ein kleines Mädchen und strickte.

Als sie beide Ankömmlinge erblickte, sah sie Anfangs überrascht und erschrocken aus.

„Herr Gott, Charles!“ rief sie, „Du kommst jetzt schon? Mr. World hat Dich doch nicht etwa entlassen?“

„Sei ruhig, Mutter,“ antwortete der junge Mann; „ich bin keineswegs entlassen, sondern von meinem Bureauvorsteher beurtheilt und zwar, um Dir diesen Herrn vorstellen zu dürfen; es ist der Herr Doktor Rodenburg von Bethesda.“

In ihrer Angst war die Frau ihrem Sohne entgegengeeilt, hatte ihn in ihre Arme geschlossen, und seinen Begleiter bisher nicht beachtet. Jetzt kniete sie tief vor ihm und sagte ihm, verlegen erlösend, daß es ihr eine große Ehre sei, ihn in ihrem Hause empfangen zu können.

Fritz seinerseits versicherte ihr, daß es ihm viel Vergnügen mache, die Mutter des vortrefflichen jungen Mannes kennen zu lernen, dessen Bekanntschaft er eben gemacht habe.

Am liebsten wäre Fritz gleich auf das Ziel losgesteuert, allein die Gastfreundschaft seines Begleiters und seiner Mutter ließen ihn nicht dazu kommen. Die letztere entfernte sich sofort, um den Thee zu bereiten, während Charles ihn in eine Einfriedigung von einigen Quadratruthen Größe führte, die er seinen Garten nannte. Es wuchsen hier auf kleinen Beeten nützliche Gemüse und verschiedene Blumen friedlich neben einander.

Charles erklärte ihm die Lebensgeschichte jedes einzelnen Rosenstockes, entwickelte ihm die Vorzüge jeder einzelnen Pflanze; auch über Gemüsebau erging er sich des Breiteren. Fritz mußte jeden einzelnen Kohlkopf betrachten und wurde endlich von der Krone aller dieser Vorzüglichkeiten geführt, einem kleinen winzigen Aprikosenbaum, der in der äußersten Ecke des Erdfleckchens gepflanzt war, und bis jetzt freilich nichts weiter zeigte, als hier und da einige dem Verwelken nahe Blätter. Diese Geduldsprobe wurde erst beendet, als Mrs. Naydor die Herren bat, hereinzukommen, um den Thee einzunehmen. Um einen kleinen, aber sauber gedeckten Tisch saß die kleine Familie

beisammen, Fritz auf dem Ehrenplatze, dem großen Volkstisch, der noch aus dem besseren Zeiten herrührte. Vor ihm stand eine reich vergoldete Tasse, ebenfalls noch aus den besseren Zeiten herrührend, welche, verglichen mit den sehr mittelmäßigen, deren sich die Familienglieder bedienten, hinlänglich den Vorzug kennzeichnete, den man ihm angedeihen ließ.

Jetzt endlich kam der Moment, wo es ihm vergönnt war, die Unterhaltung auf das Ziel zu lenken, dem er entgegen feuerte.

„Ich hörte,“ begann er, sich an Mrs. Naydor wendend, „daß Sie befreundet waren mit Frau Garrid.“

„Ach ja, die arme Elisabeth!“ sagte Mrs. Naydor schluchzend, indem sie ihr Taschentuch an die Augen brachte. „Ich muß immer weinen, wenn ich an sie denke. . . das unglückliche, arme Wesen! — Haben Sie Frau Garrid gekannt, Herr Doktor?“

„Das gerade nicht,“ antwortete Fritz, sich möglichst gleichgiltig stellend, „doch hörte ich mehrfach von ihr. — Sie lebte in sehr unglücklicher Ehe?“

„O nein, mein Herr,“ verbesserte die Matrone, „daraus nicht! Sie lebte mit Garrid sehr glücklich, denn er war nicht nur ein zärtlicher Gatte, sondern bewies sich auch in der ersten Zeit ihrer Ehe als ein recht ehrenhafter, treuer und zuverlässiger Mann.“

„Und doch konnte er das entsetzliche Verbrechen begehen, dessen er angeklagt war?“

„Ja, das hat uns in Erfraunen gesetzt, daß Garrid eines solchen Verbrechens fähig war; ich hätte es ihm nimmermehr zugetraut. . . Die arme Elisabeth! O Gott, wie hat sie sich gegemüthet! Sie hat ausgelitten! Jetzt liegt auch sie schon unter der Erde!“

Sie zog wieder ihr Taschentuch und widmete der hingeschiedenen Freundin noch einige Thränen.

„Sie hatten ein Kind,“ nahm Fritz, nachdem sich ihr Schlußszen ein wenig gelegt, wieder das Wort.

„O nein,“ verbesserte Mrs. Naydor wieder, „Garrid's hatten kein Kind.“

„Und doch muß das der Fall gewesen sein!“ be-

„Wir sehen“, schließt das Blatt, „mit einiger Spannung der Antwort des deutschen Kanzlers auf diesen englischen Widerspruch seines Vorschlages entgegen.“

Die Gerichtskosten sind mit 42 563 000 M., also um 137 000 M. niedriger als im Vorjahre, in den preussischen Etat eingestellt. Die Einstellung dieses Titels in den Justizetat ist eine Folge der zum 1. April 1885 in Aussicht genommenen Einrichtung selbstständiger Gerichte. Die Gesamten an Kosten und Gehältern betragen im Jahre 1881/82 46 779 780 M., 1882/83 42 707 687 M., 1883/84 43 194 461 M. und abzüglich der Einnahme an Kalkulationsgebühren im Betrage von 397 082 M., welche seit 1. April 1885 bei den Kosten zum Nachweise gelangt sind, vom 1. April 1885 ab nach der neuen Emolumenten-Verordnung zu werden, noch 42 797 379 M. Mit Rücksicht darauf, daß die Kosten durch das vom 15. Juli 1881 ab in Kraft getretene Reichsgesetz vom 29. Juni 1881 betr. die Abänderungen der Bestimmungen des Gerichtslosteingesetzes und der Gebührenordnung der Gerichtsvollzieher, eine erhebliche Verminderung erfahren haben, auch in Folge des am 1. November 1883 ab in Kraft getretenen Gesetzes vom 18. Juli 1883, betreffend die Gerichtskosten bei Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens, nicht unerheblich herabgesetzt sind, andererseits auch die Zahl der Zivilprozesse im stetigen Rückgange begriffen ist, ist dem jetzigen Etatansatz nicht der Durchschnitt der obigen 3 Jahre, sondern nur der Betrag des Jahres 1883/84 zu Grunde gelegt, unter Berücksichtigung des Ausfalles in Folge des Gesetzes vom 18. Juli 1883.

Dem Reichstage ist eine weitere Sammlung diplomatischer Aktenstücke, betreffend „deutsche Landreklamationen auf Fidji“ zugegangen. In der letzten, vom 16. September 1884 datierten Note des englischen Legations in Berlin wird dem deutschen Geschäftsträger mitgeteilt, daß Lord Granville wegen des Inhalts der Note des Grafen Münster vom 4. August 1884 mit dem englischen Staatssekretär des Kolonialamts in Verbindung getreten ist. In der erwähnten Note vom 4. August werden die Bestimmungen der deutschen Regierung zu dem Vorschlage, die Reklamationen der deutschen Unterthanen bezüglich der Fidji-Landfrage durch eine gemischte Kommission untersuchen zu lassen, erklärt und gemißt hiermit in Zusammenhang stehende Vereinbarungen vorgelegt.

Rein. Bei der letzten Gemeinderathswahl in dem Nachbarorte Dachtshim hatten die Sozialdemokraten drei Kandidaten aufgestellt, welche auch siegreich aus der Wahlurne hervorgingen. Vor einigen Tagen ist nun der Bürgermeister von Dachtshim gestorben und muß in Folge dessen eine Neuwahl stattfinden; die Sozialdemokraten haben, wie der „Ab. Courrier“ meldet, beschlossen, einen eigenen Kandidaten für diesen Posten aufzustellen.

Belgien.

Der in der Kammer eingebrachte Antrag, betreffend Korn- und Viehzölle verlangt nach der „Kölnischen Ztg.“ folgende Anträge: Auf Brodfrüchte 1 Fr. für 100 kg, auf andere rohe Kornfrüchte 2 Fr., auf verarbeitete Korn- und Mehl- und anderweitig 1 Fr., auf ungeschälten Reis 1 Fr., auf geschälten 1,50 Fr. Ferner auf Vieh für einen Ochsen 10 Fr., auf junge Stiere 8 Fr., auf junge Ochsen und Kühe 5 Fr., auf Kälber 1,50 Fr., auf Schafe 1,50 Fr., auf Hammel 0,50 Fr., auf Schweine 3 Fr., auf Ferkel von mehr als 10 kg 0,50 Fr., auf 100 kg Fleisch 3 Fr., auf 100 kg Butter 5 Fr. Der Betrag dieser Steuern soll zu bestimmten Zwecken des Ackerbaues und verwandter Betriebe dienen. Dieser Gesetzentwurf wird am 22. ds. von de Burlet näher erörtert werden.

Großbritannien.

In England hat vor einigen Tagen der Verein für die „Befreiung der Religion von dem Schutze und der Aufsicht des Staates“ seine vor Kurzem angekündigte Agitation zu Gunsten der Entstaatlichung der Kirche durch eine Konferenz in der Memorial Hall eröffnet, bei welcher das Parlamentsmitglied Mr. Lyulph Stanley den Vorsitz führte. Das Meeting hatte den Zweck, die Mittel zu erwägen, die sich als am zweckmäßigsten erweisen dürften, um bei der nächsten allgemeinen Parlamentswahl unter den Mitgliedern des neuen Hauses der Gemeinen ein großes Kontingent von aufrichtigen Anhängern der Kirchenentstaatlichungsbewegung zu werden. Es wurde beschlossen, eine energische Agitation ins Werk zu setzen, um die neuen Wahlsieger mit den Prinzipien der religiösen Gleichheit bekannt zu machen und sie zu beeinflussen, nur solchen Kandidaten ihre Stimmen zu geben, die gewillt seien, die Zweck der Liberation Society zu fördern.

Amerika.

In Ecuador (Central-Amerika) ist Mitte November ein Aufstand der Liberalen, die von der jetzigen konservativen-merikanischen Regierung des Präsidenten Caamano oder vielmehr seines Stellvertreters, des Vizepräsidenten Augustin Guerrero, verjagt worden, ausgebrochen. An der Spitze steht, wie man der „Post“ Ztg. aus Lima schreibt, der aus der Niederwerfung der Diktatur des Generals Reintemilla bekannte Führer der Radikalen, Cloy Alfaro, der in Panama den Dampfer

„Majuela“ und die Golette „Jacinto“ zu dem Zwecke gechartert und ausgerüstet hat. Der Präsident Caamano, der in Guayaquil weilt, berief sofort eine Versammlung der dortigen Notabeln, um ein freiwilliges Anlehen zur Wiederherstellung des Landes zu erhalten. Trotzdem er den Versammelten die Uebelstände des Bürgerkrieges in den schwärzesten Farben ausmalte, konnte er doch nur 55 000 Thaler gezeichnet erhalten, die in einer zweiten, am folgenden Tage einberufenen Versammlung nur um 17 000 Thaler vermehrt wurden. Am 18. v. Mts. erließ er dann eine Proclamation, in der er die Aufständischen als Anarchisten und Bländerer bezeichnete, während die Regierung in Quito dieselben dem bigotten Volke als Feinde seiner Religion und seines Glaubens, als „eine Bande ohne Gott und ohne Gesetz“ hinstellt. Der Regierungsdampfer „9. Juli“ hat die „Majuela“ am 20. November in columbianischen Gewässern in der Höhe von Tumaco beschossen, und ist dann nach Guayaquil zurückgekehrt, so daß Alfaro seine Mannschaften und seine Waffen am 21. in Bahia landete. Seit dieser Zeit haben in Monte Christo, Puerto Viejo u. a. D. Zusammenstöße stattgefunden, die stets für die Regierungstruppen günstig abgelaufen sind. Wie der Präsident Caamano dem ecuadorianischen Gesandten in Lima von Guayaquil aus telegraphirt, ist Alfaro von dem General Fierro am 5. d. M. geschlagen worden, während seine Schiffe in Bahia eingeschlossen und blockiert sind. Einem späteren Telegramme zufolge hat dort am 6. Dezember ein Kampf stattgefunden, in welchem der „Majuela“ den Regierungsdampfer „Guacho“ geentert, dessen Offiziere nach zweistündigem Widerstande niedergemacht hat, dann aber vom „9. Juli“ in Brand geschossen worden und gesunken ist. Alfaro habe sich mit den Mannschaften in Booten gerettet, sei aber in den Wäldern eingeschlossen und werde ohne Zweifel den Regierungstruppen in die Hände fallen. — Nach einem Telegramm aus Panama hat sich der ausgebrochene Aufstand bereits auf 5 Staaten ausgebreitet. Die Aufständischen halten Barranquilla besetzt. Die Stadt Carthagena, deren sich die Aufständischen ebenfalls bemächtigt hatten, ist von den Regierungstruppen wieder erobert worden.

Parlamentarisches.

In der gestrigen Sitzung der Petitionskommission des Reichstages wurde zunächst eine Petition von Gewerbetreibenden, besonders aus Baiern, um Ernennung eines Reichskommissars für die diesjährige Weltausstellung in Antwerpen und Bewilligung von Geldmitteln berathen. Die Regierungskommission verhielt sich ablehnend, von der Ansicht ausgehend, daß die Verhältnisse sich zu rasch solaten und den Charakter von Wessen angenommen hätten. Die Initiative für solche Ausstellungen dürfte nicht von den Kleinststaaten ausgehen. Die Reichsregierung habe abschlägliche Antworten in letzter Zeit an Italien, England und Frankreich gegeben. Es wurde beschlossen, die Petition vor das Plenum zu bringen, aber zu beantragen, über dieselbe zur Tagesordnung überzugehen. Zum Referenten wird der Abgeordnete Nobbe ernannt.

In der gestrigen Sitzung der Kommission zur Vorberathung der Dampfersubvention wurde die Afrikanische Linie berathen, über die selbst Boermann und Meier (Bremen) sich sehr kühl aussprachen, und die wohl nur aus kolonialpolitischen Gründen in der Vorlage angenommen worden ist. Die Debatte drehte sich um die Frage, ob die Linie Rotterdam anlaufen soll oder nicht. Für das Anlaufen Rotterdam sprachen die sächsischen Abgeordneten, während Boermann und Meier durch billigere Tarife nach den Hafenstädten die Belgischen und Holländischen Häfen erdrosseln wollten. Auch Bamberger will mit Rücksicht auf die 50 Millionen, die der Hollandschluß Hamburgs gekostet, dieses bevorzugt sehen. Die Regierung wünscht, daß ihr die Entscheidung über diese Frage überlassen bleibe.

Kommunales.

Rektor und Senat hiesiger Universität, welche bereits vor einigen Monaten an den Magistrat sich mit der Bitte gewandt haben, das Steinpflaster vor dem westlichen Flügel des Universitätsgebäudes durch geräuschloses Pflaster zu ersetzen, sind auch an die Stadtverordnetenversammlung mit dieser Bitte herangetreten, nachdem der Magistrat das bezügliche Gesuch aus dem Grunde abgelehnt hatten, weil das betreffende Pflaster aus bestem Material die erst vor wenigen Jahren neu hergestellt worden sei. Die Universitätsbehörde moltoit ihre neue Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung damit, daß in Folge neuer Einrichtungen die nach der Straße „Unter den Linden“ zu einer Treppe hoch gelegenen Räume, welche bisher die anatomisch-zoologische Sammlung beherbergten, zu Hörsälen verwendet werden sollten, in denen vorzugsweise mathematische Vorlesungen gehalten werden würden. Da gerade an dieser Stelle die Scheidgrenze zwischen Stein- und geräuschlosem Pflaster sich befindet, wo das Wagengeräusch besonders

die schreckliche That begangen; es war sein böses Gewissen, was ihn so finster und verstört machte.“

„Fragte ihn Ihre Freundin Elisabeth nicht, was er mit dem Kinde angefangen?“

„Freilich fragte sie ihn; aber er war verschlossen und still, keine Silbe hat sie aus seinem Munde erfahren.“

„Beizte Garrid denn keine Spur von Reue über seine schwarze That?“

„Nein, so verstört war er, daß er nicht ein einziges Wort von Reue gesprochen hat; im Gegentheil, er war verdrießlich und schleuderte die fürchterlichsten Drohungen gegen seine Frau, wenn sie es wagte, ihn zu fragen. . . . Aber sein Gewissen hat sich doch geregt; er war von der Zeit an ein anderer Mensch. Er hat niemals mehr gelacht, hat immer düster brütend da gesessen. Elisabeth meinte Anfangs, es sei der Verlust seines Herrn, — Sie wissen doch, daß gleich nachher Lord Davis das Unglück hatte, mit seinem Pferde zu stürzen, wobei er um's Leben kam — der ihm so nahe ging. Ich sage, sein Insißgelehrtsinn, sein finsternes Wesen, sein Brüten — das war nicht der Gram über den Tod seines Herrn, das war die Regung seines Gewissens.“

„Wohl möglich,“ sagte Fritz; „aber liebe Madame Raydor, erklären Sie mir nur eins. Sie sagen, Garrid habe kein Kind gehabt. Es steht fest, daß er dieses Pflegekind ermordete?“

„Das steht unwiderrüßlich fest,“ behauptete sie, „denn als später die Anzeige beim Gericht einging — man sagt, von der Mutter des Kindes sei die Anzeige gemacht worden — da gestand er ja gleich ein, daß er das Kind ermordet, wie er sagt, lebendig begraben hat. . . . Huh, es schaudert einen, an solche That zu glauben.“

„Gut, ein Kind hat er ermordet, ein zweites aber nach Bethsda gebracht, woher er ein zweites Kind genommen?“

„Von diesem zweiten Kinde weiß ich nichts, mein Herr; aber ein Mensch von so grausamem Charakter ist auch wohl fähig, noch eine solche That zu begehen. . . . Er wird bei den vornehmen Leuten, welche ihrer Kinder überdrüssig sind, wohl schon in dem Rufe gestanden

haben, daß er es versteht, die lästigen Kinder bei sich zu behalten.“

„Fritz war über diese Auskunft sehr enttäuscht, denn er der Lösung des Geheimnisses ganz nahe glaubte, stand er ihr jetzt ferner, denn je. War die Muthung richtig, daß Lord Andrew Davis es der Garrid ein Kind übergeben, so stand doch noch ob dieses Kind das von Garrid ermordete, oder ihm nach Bethsda gebrachte sei. Nach dem Scherz war es das nach Bethsda gebrachte; von einem aber wußte Mrs. Raydor nichts, sondern nur, daß es ermordeten. Danach schien es, als ob Garrid das des Lord Davis ermordete, ein anderes aber nach Bethsda gebracht habe. . . .“

Noch einen Versuch machte er, um vielleicht Zweifel zu lösen. Er wandte sich mit der Frage an die Frau: „Hat man nicht die Leiche des ermordeten Kindes in der Gasse gefunden?“

„Man hat die Leiche gar nicht gefunden,“ antwortete Mrs. Raydor. „Garrid hat sich Anfangs geweigert, zu sagen, wo er den Leichnam hingetragen habe, daß er das Kind lebendig begraben habe, die Richter forderten, daß er den Ort angebe, wo das Kind zu finden sei, da hat er bald diesen, bald jenen Ort genannt; aber nirgends ist der Leichnam gefunden worden. . . . Es war damals schon der Wahnsinn bei ihm, sein Gedächtniß war schon nicht ganz sicher.“

Dies war offenbar wahrscheinlich. Der Herr ob Mrs. Raydor das Kind von Andrew Davis sei, blieb demnach ungelöst.

Da sowohl der junge Raydor als auch seine Frau häufig die Unterredung auf andere Dinge lenken zu vermeiden wollte, zu zeigen, daß er ein ganz gewöhnliches Interesse an diesem Gegenstand habe, so hatte er bei der Unterhaltung stets eine Wendung zu geben, die immer wieder auf den Förster Garrid und sein Schicksal zurückzuführen diente.

„Ein trauriges Schicksal ist es,“ sagte er, „giltig wie ihm irgend möglich war,“ daß

der Beklagte weiter erzählt hat, daß er den Zeugen gebührenden Hinzutreten Honorare für sich auf 300 M. wurde jedoch die Hebung eines Eides. . . .“

„Nunmehr noch gerichtliche Urtheile, weil es sich um ein rechtswissenschaftliches Sachverhalte handelt, bei dem Privatkläger die Beweiskraft der Zeugen nicht in Betracht kommt.“

„Nunmehr noch gerichtliche Urtheile, weil es sich um ein rechtswissenschaftliches Sachverhalte handelt, bei dem Privatkläger die Beweiskraft der Zeugen nicht in Betracht kommt.“

„Nunmehr noch gerichtliche Urtheile, weil es sich um ein rechtswissenschaftliches Sachverhalte handelt, bei dem Privatkläger die Beweiskraft der Zeugen nicht in Betracht kommt.“

der Beklagte weiter erzählt hat, daß er den Zeugen gebührenden Hinzutreten Honorare für sich auf 300 M. wurde jedoch die Hebung eines Eides. . . .“

„Nunmehr noch gerichtliche Urtheile, weil es sich um ein rechtswissenschaftliches Sachverhalte handelt, bei dem Privatkläger die Beweiskraft der Zeugen nicht in Betracht kommt.“

„Nunmehr noch gerichtliche Urtheile, weil es sich um ein rechtswissenschaftliches Sachverhalte handelt, bei dem Privatkläger die Beweiskraft der Zeugen nicht in Betracht kommt.“

„Nunmehr noch gerichtliche Urtheile, weil es sich um ein rechtswissenschaftliches Sachverhalte handelt, bei dem Privatkläger die Beweiskraft der Zeugen nicht in Betracht kommt.“

„Nunmehr noch gerichtliche Urtheile, weil es sich um ein rechtswissenschaftliches Sachverhalte handelt, bei dem Privatkläger die Beweiskraft der Zeugen nicht in Betracht kommt.“

„Nunmehr noch gerichtliche Urtheile, weil es sich um ein rechtswissenschaftliches Sachverhalte handelt, bei dem Privatkläger die Beweiskraft der Zeugen nicht in Betracht kommt.“

„Nunmehr noch gerichtliche Urtheile, weil es sich um ein rechtswissenschaftliches Sachverhalte handelt, bei dem Privatkläger die Beweiskraft der Zeugen nicht in Betracht kommt.“

„Nunmehr noch gerichtliche Urtheile, weil es sich um ein rechtswissenschaftliches Sachverhalte handelt, bei dem Privatkläger die Beweiskraft der Zeugen nicht in Betracht kommt.“

der Beklagte in hervorragender Weise das unwahre Gerücht weiter erzählt hatte. Die Berufung wurde daher verworfen. An Zeugengebühren hat dieser Prozeß über 190 Mk. verschlungen. Hierzu treten die Gerichtskosten in zwei Instanzen und die Honorare für zwei Rechtsanwältinnen, so daß die Gesamtkosten sich auf 300 Mk. belaufen werden. Von den Kosten der Berufung wurde jedoch $\frac{1}{2}$ dem Verurteilten auferlegt, da er an der Aufhebung eines in vorigen Monate anderweitigen Termins Schuld trug. Aus den Ausrufungen der Parteien nach beendeter Sitzung war zu entnehmen, daß der Ausgang dieses Prozesses nunmehr noch weitere Verleumdungsklagen und sogar kriminalgerichtliche Untersuchungen im Gefolge haben dürfte, und dies alles, weil ein „rechtskundiger Vorkämpfer“ mit seiner Rechtschaffenheit einem unerfahrenen Landmann für zwecklose Schreibereien das Geld aus der Tasche zu locken wußte und hierdurch bei den Landeuten den Verdacht hervorrief, daß der Vorkämpfer sich einen widerrechtlichen Vermögensvortheil verschafft hatte. — Für die Verurteilung, den Beklagten nun mit 20 Mark Geldbuße für die Verleumdung bestrafen zu lassen, dürfte der Kläger aber zula 40 Mark Kosten aus seiner Tasche obendrein noch zulegen müssen.

Im Bisthorfparc, einem der beliebtesten Vergnügungsorte Berlins, Bionierstraße, herrscht seit einigen Tagen ein sehr reges Leben; die Esplanade daselbst ist fast überfüllt von Schlittschuhläufern. Am Sonntag war es fast nicht möglich, noch ein Plätzchen zu finden, und wurde des Anwesenden mancherlei geboten. Herr Eigenstod wird im Laufe dieser Woche ein großes Eisfest veranstalten, worauf wir unsere Leser jetzt schon aufmerksam machen wollen. Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Um die Ecke regeln. Zu den vielfachen bisher bereits aufgetauchten Verwendungarten der Stadtbahnwagen hat sich so eben eine neue gestellt, welche gewissermaßen die interessanteste aller ist. In dem Stadtbahnwagen 330, Alt-Moabit, gegenüber dem bekannten Restaurant zum Weihenstephan nämlich ist eine — Regeldahn etablirt worden. So scheinbar unmöglich dieses Kunststück in Anbetracht der Raumverhältnisse ist, so einfach und sinnreich ist es durchgeführt. Die Regeldahn hat nämlich die Form eines Sufeisens; die Regel stehen vorn neben dem Aufgange und die Regel läuft wie bei dem bekannten Spielzeuge „Tivol“ — Man legt also buchstäblich um die Ecke. Die Hauptsache bei der Einrichtung ist die Konstruktion der Kurve. Damit die Regel nicht hinauspringt, ist die Kurve auf der Außenseite stark überhöht; damit sie ferner einen gewissen Kurs innehält, ist die ganze Kurvenfläche aus Wellblech hergestellt, an dessen Rinnen die Regel Halt findet.

Ein Raufbold verfielte vorgestern Abend die Besucher eines Restaurationslokals von T. in der Köpenickerstraße in große Aufregung. Derselbe hatte wiederholt ohne die geringste Veranlassung mit anderen Gästen Streit angefangen, so daß sich schließlich der Wirth veranlaßt sah, den Ausbeißer aus dem Lokal zu verweisen. Statt dieser Aufforderung folgte zu leisten, griff der rohe Patron den Wirth und die Gäste thätlich an und brachte einem der letzteren, nachdem er im Lokale alles Ergreifbare zertrümmert, eine nicht unerhebliche Wundwunde an der linken Hand bei. Erst nachdem polizeiliche Hilfe requirirt, gelang es, den rasenden Menschen zu überwältigen und nach der Wache zu transportieren. Da der Verhaftete auch die Beamten thätlich angriff, so wird die Angelegenheit voraussichtlich neben der Anklage wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung auch noch wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt ein Nachspiel vor dem Strafrichter finden.

Die Diebesbande, welche kürzlich hier in der Bionierstraße den Schaufenster eines Goldarbeiters ausgeräumt hat, ist nunmehr, nachdem auch der Führer derselben, der vielfach bestrafte Arbeiter Brudelow, welcher in der Diebeswelt den Spitznamen „Weißkopf“ führt, sich in den Händen der Staatsanwaltschaft befindet, vollständig hinter Schloß und Riegel. Nachdem die einzelnen Mitglieder der Bande in verschiedenen Orten der Umgebung ergriffen worden, handelte es sich nur noch darum, auch Brudelow, der im Zeltowischen Kreise sich aufhielt, zu ermitteln. Dies ist jetzt dem in Wahnmannsdorf stationirten Gensdarm Karge in Kopitz bei Königs-Wusterhausen gelungen, der den gefährlichen Ein- und Ausbrecher, schwer gefesselt, hier zum Untersuchungsgefängnis eingeliefert hat.

Die bei dem Einbruchdiebstahl in der Wohnung eines Postsekretärs in der Friedensstraße gestohlenen Werthpapiere sind gestern in einem Postbriefkasten gefunden worden. Einer der gefährlichsten Einbrecher und Ausbrecher Berlins, der in der Verbrechermaschine unter dem Spitznamen „Stotter-Wilhelm“ bekannte 32 Jahre alte Former Wilhelm Jung, welcher sich seit einigen Jahren in der Fremde aufgehalten hat, wurde von dort am Sonntagabend vor drei Wochen zum sechsten Male entfangen. Trotzdem die Polizei eifrig auf den Ausreißer fahndete, so blieb ihr bisher dessen Aufenthaltsort doch unbekannt. Am Sonntag früh wurde nun ein heruntergekommenes Haus in der Prenzlauerstraße von der Revierpolizei einer genaueren Kontrolle unterworfen und es wurden mehrere Wohnungen nach überflüssigen Dingen abgesehen, wozu auch die im Hofe drei Treppen hoch gelegene Wohnung

der J.ichen Eheleute gehörte; da dort die Beamten nichts Bedächtiges vorfanden, so begaben sie sich nach der im zweiten Stockwerk belegenen Wohnung einer Frau Sch. und dort fanden sie ein daselbst unangemeldet wohnendes Frauenzimmer, welches sie nach der Wache des 19. Polizeiregiments in der Georgenkirchstraße führten. Auf der Wache angelangt, glaubte die Verhaftete, die Frau J. habe sie verrathen, weshalb sie sich beim Polizeileutnant vormelden ließ und folgende Mittheilung machte: Die J.ichen Eheleute hätten in ihrer Wohnung einen großen Reiselord zu steben, und diesen Reiselord möchten die Eheleute sofort untersuchen, da dort der von der Polizei gefuchte Wilhelm Jung verborgen gehalten würde. Sogleich eilten vier Schupstele in Begleitung eines Polizeiwachmeisters nach der J.ichen Wohnung, welche jedoch trotz mehrmaligen Klopfens nicht geöffnet wurde, sodas sich die Beamten genöthigt sahen, einen Schloffer herbeizuholen. Als sich die Beamten so Einlaß in die Wohnung verschafft hatten, fanden sie auch sofort den vorbeschriebenen Reiselord, vor welchem sich zwei starke Vorlesgeschloffer befanden, welche zu öffnen das J.iche Ehepaar sich weigerte. Auch hier mußte daher der Schloffer in Funktion treten und nachdem der Reiselord von diesem geöffnet war, sprang der Gesuchte aus demselben, stürzte sich auf die Beamten und begann mit diesen zu ringen, wurde aber nach kurzer Gegenwehr überwältigt und gebunden zur Polizeiwache und von da nach dem Molkenmarkt befördert. Im vergangenen Jahre war Jung ebenfalls aus Dalldorf entkommen und hatte bei seiner Wiederergreifung den Schutzmann Braun durch drei Messerstiche verwundet.

g. Durch seinen ganz unverantwortlichen Leichtsin hat am letzten Dienstag der Kutscher des Besitzers von Valentinswerder sein Leben eingebüßt. Derselbe wollte von Saatenwinkel aus am Abend Valentinswerder trotz der Warnungen des bekannten Restaurateurs Meyer auf Saatenwinkel per Schlittschuhe erreichen und benutzte hierzu den Weg über der Fähr, für welche das Wasser so lange offen gehalten wird, bis die Stärke des Eises die Kommunikation zwischen Saatenwinkel und Valentinswerder mittelst Wagen gestattet. Als der Kutscher am anderen Tage nicht gesehen wurde, kam man zu der Ueberzeugung, daß er auf dem schwachen Eise eingebrochen und ertrunken sei. Die angeestellten Nachforschungen führten erst am Sonnabend zur Auffindung des Leichnams und zwar nahe am jenseitigen Ufer, dicht an der für die Fähr geschaffenen Deffnung. Nach Feststellung des Todesbestandes durch den Amtsarzt wurde der Ertrunkene gestern beerdigt.

N. Vier Unglücksfälle. Die Unfallchronik ist am gestrigen Tage abermals um vier sehr bedauerliche Unglücksfälle bereichert worden. Der erste derselben trug sich gestern Mittag in der Steglitzerstraße vor dem Hause 67 zu. Der daselbst wohnende Klempner Ludwig Huchle glitt, als er den Straßendamm überschreiten wollte, auf der Bordsteine wohl in Folge des Glätteisens aus und erlitt einen Rippenbruch, so daß er sofort nach einem Krankenhaus geschafft werden mußte. — Der Arbeiter Karl Hildebrandt, Kleine Karlsrufer 8 wohnhaft, wurde um dieselbe Zeit in der Prinzenstraße von einem Bierwagen überfahren und erlitt dabei einen schweren Oberschenkelbruch. Er wurde per Droschke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft. — Ebenfalls einen Schenkelbruch zog sich der Arbeiter Hugo Kießer, Weinstraße 23 wohnhaft, am Nachmittag gegen 4 Uhr auf dem Zentralviehbofe dadurch zu, daß er auf dem Glatteise zur Erde stürzte. Nachdem ihm ein Nothverband angelegt, mußte er ebenfalls nach einem Krankenhaus geschafft werden. — Am schwersten erkrankte der in der Werkstatt von Sturm, Köpcke 46 beschäftigte Tischler Emil Weisbach dadurch, daß er aus Versehen aus einer mit Salzsäure gefüllten Flasche trank. Ein hinzugerufener Arzt ordnete die sofortige Ueberführung nach einem Krankenhaus an.

Sterblichkeits- und Gesundheitsverhältnisse. Gemäß den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes sind von je 1000 Bewohnern, auf den Jahresdurchschnitt berechnet, in der ersten Jahreswoche als gestorben gemeldet: in Berlin 24,1, in Breslau 29,7, in Königsberg 25,8, in Köln 22,3, in Frankfurt a. M. 23,8, in Hannover 19,8, in Kassel 21,6, in Magdeburg 28,7, in Stettin 28,5, in Altona 27,3, in Straßburg 23,0, in Reg. 17,8, in München 30,8, in Nürnberg 30,7, in Augsburg 21,9, in Dresden 25,3, in Leipzig 15,8, in Stuttgart 17,9, in Karlsruhe 29,0, in Braunschweig 27,4, in Hamburg 27,3, in Wien 25,0, in Budapest 24,4, in Prag 28,3, in Triest —, in Krakau —, in Basel —, in Brüssel 23,4, in Amsterdam 32,0, in Paris 27,7, in London 25,0, in Glasgow 35,6, in Liverpool 27,5, in Dublin 31,2, in Edinburgh 29,8, in Kopenhagen 24,1, in Stockholm 30,1, in Christiania —, in Petersburg 26,6, in Warschau 34,4, in Odessa 28,8, in Rom 25,1, in Turin 36,0, in Bukarest 26,5, in Madrid —, in Alexandrien 35,3. — Ferner aus der Zeit vom 14. bis 20. Dezember: in New-York 25,3, in Philadelphia 20,2, in Chicago —, in Cincinnati —, in St. Louis —, in San Francisco 17,7, in Kallutta 33,9, in Bombay 18,1, in Madras 50,0. — Der Gesundheitszustand in Berlin war mit Bezug auf das

Vorkommen von infektösen Krankheiten in der Berichtswoche ein günstigeres als in der Vorwoche, während Erkrankungen, die durch direkten Einfluß der Bitterung hervorgerufen werden, in erheblicher gesteigerter Zahl vorliefen. So haben Märsen, Diphtherie und Scharlach, obwohl besonders die ersten beiden Krankheitsformen in der Rosenthaler Vorstadt und im Stralauer Viertel sehr zahlreich auftraten, bedeutend weniger Erkrankungen als in der vorangeegangenen Woche veranlaßt, auch Erkrankungen an typhösen Fiebern sanken auf sieben, weitere Pockenentzündungen sind nicht vorgekommen. Erkrankungen an Rindpest und an Wechselfieber waren seltener, rosenartige Entzündungen des Bellgewebes der Haut nicht gesteigert. Dagegen kamen Darmlarven und Brechdurchfälle der Kinder häufiger zum Vorschein; auch Ruhrfälle wurden mehrfach beobachtet. Ansehnlich vermehrt waren ferner Erkrankungen an Keuchhusten, sowie auch überhaupt akute entzündliche Prozesse der Athmungsorgane in großer Zahl zur ärztlichen Behandlung gelangten und in vielen Fällen einen ungünstigen Ausgang nahmen. Bedeutend war auch die Zahl der zur Behandlung gelangten Fälle von Erkrankungen an rheumatischen Beschwerden der Muskeln, während akute Gelenkrheumatismen in gegen die Vorwoche verminderter Zahl zur Beobachtung kamen.

Polizei-Bericht. Am 19. d. Mts., Morgens, wurde der arbeits- und obdachlose Arbeiter Schwante auf dem Heuboden des Grundstücks Weisstraße Nr. 14 todt aufgefunden. Derselbe hatte nur sehr mangelhafte Kleidung an, und ist daher anzunehmen, daß er auf dem Heuboden ermordet worden ist. Die Leiche wurde nach dem Obduktionshause geschafft. — Am demselben Tage, Nachmittags, wurde in der Bülowstraße ein unbekannter Mann, krank und sprachlos auf dem Bürgersteige liegend, aufgefunden und nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Am demselben Tage, Abends, versuchte in einem Stadtbahnzuge zwischen Bahnhof Börse und Friedrichstraße ein unbekannter, anscheinend gekleideter, etwa 25-30 Jahre alter Mann sich durch einen Schuß in die linke Brust zu entleiben. Derselbe wurde noch lebend nach der Charité gebracht. — Um dieselbe Zeit wurde in der Schornhorststraße der Fuhrherr Jauer, vor dem Schönhauser Thor, Straße Nr. 43 im Frank'schen Hause wohnhaft, auf dem Aufstiegsbode seiner Droschke stehend, todt vorgefunden. Die Leiche wurde nach dem Obduktionshause geschafft, da die Todesursache nicht festzustellen war.

Gerichts-Zeitung.

Ein kleiner, beweglicher Mann, der 54 Jahre alte Drechsler August Peter Ohnesorge, wird auf die Anklagebank geführt und verurteilt sich dorthin sofort in das Studium eines Schriftstückes, ohne seine Umgebung weiter zu beachten.

Vor: Sie haben genügend Zeit gehabt, sich mit dem Inhalt der Anklageschrift bekannt zu machen. Jetzt ist es unbedingt nöthig, daß Sie Ihre Aufmerksamkeit der Verhandlung widmen. Bekennen Sie sich schuldig? — **Angell:** Als wie ich? I. wo wer ist denn!

Vor: So eigenartige Bekräftigungen sind hier durchaus überflüssig. Sie würden aber sicher gut thun, den Sachverhalt einzuräumen. Ihre Ausreden haben einen so phantastischen Anstrich, daß dieselben auch einem unerschönten Menschen nicht geglaubt werden dürften. In Anbetracht Ihrer Person kann dies umsoweniger der Fall sein, als Sie durch Ihre zahlreichen Vorstrafen als ein unverbesserlicher Dieb gekennzeichnet werden. — **Angell:** Da haben Sie sehr richtig, Herr Gerichtshof, so ab un zu ist mir schon 'mal 'n bißchen an de Fingern leben jebleben, moosor Se mir denn auch jedet einzigte Mal recht derbe injesest haben. Nu is det Juchthaus aber jänglich ja keene Anstalt, wo der Mensch verückt nach is. Werden Kummel da drinn lennt, der fragt sich vilie nach. Un id hobe in die Beziehung noch 'n ganz appartijen Schmack; vor mir brauchte et sone Anrichtungen janich zu jeben, indem id Freiheit als det erste Menschenrecht astimiere. Wat sagen Se nu?

Vor: Es läßt sich denken, daß Sie dem Aufenthalt in den Strafanstalten keinen Geschmack abgewinnen. Bei Ihren trübten Erfahrungen nach dieser Richtung hin hätten Sie alle Ursache, solchen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Erst Anfangs November v. J. hatten Sie eine fünfjährige Juchthausstrafe verbüßt, und kaum 6 Wochen später wurden Sie wieder bei Ausübung eines Diebstahls erfaßt. Anstatt sich nun aber in das Unvermeidliche zu fügen und durch ein umfassendes Geständnis auf eine möglichst milde Beurtheilung hinzuwirken, versuchen Sie, mit frecher Stirn zu leugnen. Ein so thörichtes Verhalten wird bei der Strafabmessung natürlich schwer ins Gewicht fallen. Doch — wer sich nicht rathen läßt, dem ist nicht zu helfen. Erzählen Sie den Vorgang. — **Angell:** Wenn man sich den Fall in seine Gedanken ion disten regulär ausdruchte legt, so is det 'ne ganz puglie Jeschichte; aber et stimmt derenweilen sehr genau. Von Kindesbeenen an habe id vor allens 'n mächtigen Kumm, wal der Jebilte Kunst un Wissenschaft nennen duht; uf Bider bin id nu aber janz

Das war für Fritz wieder ein höchst auffälliger Umstand. Weshalb verbot Garrid seiner Frau, seitdem er das Kind in seinem Hause hatte, den Umgang mit der Haushofmeisterin? Offenbar, damit sie nicht erfahre, daß Lord Davis sein Kind fortgegeben habe. Es war das Kind des Lord Davis und es war das ermordete. Daraus folgte unzweifelhaft, daß Miß Elly nicht das Kind des Lord Davis sei, wie er so gern zu glauben geneigt gewesen war. Das war wenigstens eine Gewissheit, wenn auch eine, die ihn sehr niedergeschlagen machte. Er bedurfte eigentlich weiter keines Beweises dafür, daß das Kind des Lord Davis ermordet sei, nur, gleichsam noch zum Ueberfluß, that er die Frage:

„Ohne Zweifel wußte Ihre Freundin Elsbeth Garrid, daß Lord Davis eine Tochter hatte?“
Miß Raydor machte ein fast erschrockenes Gesicht.
„Ach lieber Himmel, davon darf ja nicht gesprochen werden. . . Woher wissen Sie das?“
„Das ist uns bekannt,“ sagte Fritz mit großer Bestimmtheit und ohne die Unwahrheit nur durch eine Verlegenheit zu verrathen, „wir haben darüber altenmäßige Auskünfte erhalten.“
„Es war eine Tochter da; ja, freilich; wenn Sie es wissen, so brauche ich es Ihnen nicht zu verschweigen. Sie hatten eine Tochter, aber der Lord Davis hat sein Kind vor aller Welt verheimlicht, weil er in seiner grenzenlosen Eifersucht glaubte, daß es nicht sein Kind sei. . . D, was muß die arme Frau gelitten haben.“

„Was brachte ihn auf die Vermuthung, daß das Kind nicht sein sei? Gab ihm denn Lady Davis gegründete Ursache zur Eifersucht?“
„Gewiß nie! Lizzy Braddon hat es Elsbeth zugeschworen, daß kein Engel reiner sein konnte, als die Lady.“
— „Daß dies die Wahrheit sei, wußte Fritz bereits aus dem Munde des Lord von Killmore. — „Der Graf Ferguson McDonuil hat sie geliebt, angebetet, aber sie hat ihn nie erhdrt; sie hat ihrem Manne die Treue bewahrt, und doch . . . D, Lord Davis war ein Unmensch, die arme Frau so zu quälen.“

Fritz wußte genug; er hörte nur mit halbem Ohre zu, als Miß Raydor fortfuhr:

„Nun führt sie ein Leben, das nichts ist, als eine ununterbrochene Kette von Leiden und Krankheiten. Noch heute trauert sie um ihr Kind, und der Gram verzehrt sie vollständig. Jedes Jahr macht sie weite Reisen; sehr natürlich, sie hat keine Ruhe daheim. Nur wenige Monate weilt sie in ihrem Schlosse, und aller Reichtum, aller Glanz, welcher sie umgiebt, läßt sie gleichgültig und kalt. Sie würdigt dieses Alles kaum eines Blickes. Traurig, kummerbeladen, krank kommt sie, und ebenso reißt sie auch wieder ab, und jedes Jahr wird sie schwächer. — Wer weiß, ob sie das nächste Jahr noch erlebt.“

Niedergeschlagenheit und Traurigkeit bemächtigte sich des jungen Arztes. Er war von jezt ab ein schlechter Gesellschaftler und hatte wenig Augen für die Sehenswürdigkeiten des Häuschens und seiner Umgebung, welche der junge Sekretär ihm noch vorzuführen gedachte, und wenig Ohr für die Erzählungen der Matrone von ihrem früheren Glücke. Er benutzte die erste Gelegenheit, die sich darbot, um sich zu verabschieden, vorschüßend, daß seine Pflicht ihm nicht erlaube, länger zu verweilen. Noch denselben Abend lehrte er nach Inverness zurück, übernachtete dort und langte schon am anderen Morgen in Bethesda an.

Zwanzigstes Kapitel.
„Haben Sie etwas über die Herkunft unserer Miß Elly gehört,“ fragte Dr. Gesserion, als Fritz sich noch denselben Morgen bei ihm zur Visite einstellte.
Er schüttelte den Kopf.
„Richtig! Dr. Gesserion,“ antwortete er. „Das Dunkel, was diese Geschichte umgiebt, wird nie gelichtet werden können.“
„Sagte ich's Ihnen nicht,“ versetzte Dr. Gesserion, „daß es vergeblich sei? Ich hätte sicherlich das Nöthige schon in Erfahrung gebracht, wenn dies überhaupt möglich gewesen wäre. Ich sagte es Ihnen von vorn herein, daß Ihre Reise vergeblich sein werde.“
(Fortsetzung folgt.)

später in ganz fremde Hände übergehen wird. Der Lord ist, so viel ich weiß, ganz ohne Erben gestorben.“

„Ja, ja; seine einzige Erbin ist die unglückliche Lady Davis.“
„Lady Davis ist unglücklich?“ fragte Fritz. „Wiefiern?“
„Ach Gott, sie hat in ihrem Leben noch nicht viel Glück gehabt. . . Wissen Sie, Herr Doktor, ich sage Ihnen das im Vertrauen, denn eigentlich sollte ich es nicht sagen: sie hat den Lord nicht aus Liebe geheirathet; man sagt aus Noth.“

„Ah, sie war arm?“
„Ein ganz armes Mädchen, eine Fremde. Er brachte sie auch aus der Fremde mit als seine Frau, und als sie verheirathet waren, quälte er sie mit der unbändigsten Eifersucht; dabei war er ein roher und wüster Herr, für den das zarte Wesen der Lady gar nicht paßte. Seine Behandlung wird auch den Reim zu der Krankheit gelegt haben, an welcher sie jetzt hinzieht.“

„Kannten Sie den Lord und seine Gemahlin?“
„Ich nicht, aber Elsbeth, meine liebe Freundin! Sie war dort im Hause gewesen, denn sie war mit Miß Braddon befreundet, die jetzt Haushofmeisterin dort ist, die hat es ihr unter dem Siegel der Verschwiegenheit gesagt, und Elsbeth hat es mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit gesagt; aber Sie sind ein ehrenwerther Herr und Sie werden mich nicht verrathen. . . Ach, noch das letzte Mal, als Elsbeth hier war, erzählte sie mir, daß Miß Braddon ihre Herrin innig bellagte, weil sie eine so unglückliche Ehe geführt und nach dem Tode ihres Mannes beständig krank sei. . . Elsbeth hätte das auch nicht erfahren, denn sie durfte nicht mit Miß Braddon verkehren, obwohl die Beiden früher ganz intime Freundinnen waren. Sie durfte nicht!“

„Wer verbot es ihr?“
„Ihr Mann, Garrid verbot es ihr. Zu Anfang hatte er nichts dagegen, er war vielmehr selber häufig Gast in Davistown, denn er war ja mit dem Oberamtmann Harriets auch befreundet; später aber, als der fremde Reim mitgebracht hatte, da verbot er ihr allen Umgang, selbst auch mit ihren besten Freundinnen, und namentlich hatte er ihr untersagt, Miß Braddon zu besuchen.“

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 17.

Mittwoch, den 21. Januar 1885.

II. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Mannheim. In dem benachbarten Orte Hohenheim wurde ein angeblicher Handwerker, der keine Legitimation bei sich führte und anständig gekleidet war, verhaftet. Derselbe schloß mehrere Male auf den verhafteten Gendarm und war im Besitz von Munitionsmaterial und Geld. Der Verhaftete wurde geschloßen nach Mannheim gebracht; eine Wunde am Arm kann sich der Verhaftete durch einen Schnitt oder einen Fall zugezogen haben. — Eine neuere Nachricht lautet: Gutem Vernehmen nach ist festgestellt worden, daß der in Hohenheim verhaftete Tischlergeselle, an dessen innerer Handfläche sich eine etwa acht Tage alte Schnittwunde befindet, sich vor acht Tagen in Frankfurt a. M. aufgehalten habe.

Oesterreich-Ungarn.

Dem Oesterreichischen Abgeordnetenhaus ist gestern das sogenannte Sozialistengesetz vorgelegt worden. Dasselbe ist im Wesentlichen dem deutschen Sozialistengesetz analog. — Die Vorlage enthält Bestimmungen gegen gemeingefährliche sozialistische Bestrebungen und Anordnungen gegen den gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen und die gemeingefährliche Beibehaltung von denselben. In dem Motivenbericht wird bezüglich beider Gesetzesentwürfe bemerkt, daß bei Abfassung derselben die einschlägigen deutschen Gesetze vom 21. Oktober 1878 und vom 9. Juni 1884 vielfach als Vorbild gedient haben. Das Sozialistengesetz verbietet die Bildung von Vereinen, von welchen mit Grund anzunehmen ist, daß sie geeignet sind, sozialistischen, auf den Ansturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen zu dienen, verfügt die Auflösung solcher Vereine, wenn sie auch in Gemäßheit der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften gebildet werden, und untersagt die Bildung vorgedachter Vereine, welche die Tendenz der aufgelösten fortsetzen sollen. — Vereine, welche die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind, wenn sie sozialistischen Bestrebungen dienen, nicht sofort aufzulösen, sondern vorerst von der politischen Landesbehörde unter eine besondere staatliche Kontrolle zu stellen. Die Bestimmungen über diese Kontrolle schliegen sich den Anordnungen des § 4 des deutschen Sozialistengesetzes an. In gleicher Weise beruht sich der Gesetzesentwurf auf das deutsche Vorbild, indem er konstatirt, daß auch Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften unter staatliche Kontrolle gestellt oder aufgelöst werden können, wenn mit Grund anzunehmen ist, daß sie sozialistischen Zwecken dienen. Die staatliche Kontrolle wird im gleichen Falle schließlich auch bei den auf Grund gesetzlicher Vorschriften gebildeten Genossenschaften, Kranken- und Unterstützungskassen angeordnet. Geldbeiträge, welche zu sozialistischen Zwecken gesammelt wurden, werden zu Gunsten des Armenfonds verfallen erklärt. Beschlüsse gegen die im Sinne dieses Gesetzes getroffenen Verfügungen der kompetenten Behörden haben keine aufhebende Kraft. In letzter Instanz entscheidet das Ministerium des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern. — Mit den einzelnen Bestimmungen wollen wir unsere Leser versöhnen, weil wir dem Gesetzesentwurf keinen Rath beimeßen.

Parlamentarisches.

Der Direktor der Oesterreichischen Aktien-Gesellschaft, Herr Lindemann, beantragt beim Reichstag, daß der Eingangszoll auf Perlinge auf 7 Mark pro 100 Rilo und der Eingangszoll auf gesalzene Fische auf 20 Mark pro 100 Rilo erhöht wird. — Also auch der Salzering soll noch verteuert werden!

Von den Mitgliedern des Zentrums, welche der Budgetkommission angehören, ist der Antrag für die Plenarberatung im Reichstage wieder eingebracht, entgegen dem Beschlusse der Kommission, die „Beispiele zur Förderung der auf Beschäftigung Central-Afrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen“ statt 150 000 Mark nur 100 000 Mark zu bewilligen.

Von der deutsch-konservativen Fraktion ist ein auch von Mitgliedern des Zentrums unterstützter Antrag auf Abänderung der Gewerbeordnung im Reichstage eingebracht worden. Verlangt wird in demselben in erster Linie ein Be-

fähigungsnachweis seitens der Gewerbetreibenden; außerdem werden den Innungen durch Erweiterung der Bestimmungen des § 100 = noch weitere wesentliche Rechte beigeligt.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrathes von Caprioli, von Dürckhard u. Andere.

Das Haus tritt sofort in die erste und event. zweite Beratung des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Griechenland vom 9. Juli 1884.

Abg. Menzer (Konf.): Ich begrüße den Abschluß dieses Vertrages mit besonderer Freude; sein Zustandekommen ist, wie das jedes Handelsvertrages, vom kaufmännischen und wirtschaftlich-industriellen Standpunkt aus eine Etappe auf einem Wege, den wir noch weiter beschreiten müssen und werden. In der griechischen Kammer ist der Vertrag bereits Mitte vorigen Jahres genehmigt worden. Die griechische Ausfuhr nach Deutschland soll rund 1 400 000 Drachmen betragen. Das scheint mir viel zu niedrig gegiffen, weil nicht angegeben wird, was über nichtdeutsche Häfen, über Rotterdam und Triest, zu uns gekommen ist. Von dem Hauptausfuhrartikel, den Korinth, wurden aus Griechenland 1883 für 48 500 000 Drachmen, an Feigen für 2 700 000 Drachmen exportirt; von ersteren gelangte nur ein geringer, von letzteren ein größerer Theil nach Deutschland. Von den für diese Waaren sowie für Oliven gewählten Zollermäßigungen wird eine Steigerung der Einfuhr nach Deutschland als sicher angenommen. Die deutsche Ausfuhr nach Griechenland, welche die Vorlage auf 8—9 000 000 Mark beziffert, ist noch sehr steigerungsfähig. Griechenland befindet sich in einem gesunden und gleichmäßigen Aufschwunge, seine Bevölkerung hat eine bedeutende wirtschaftliche Begabung, die Städte wachsen, aber nicht an Proletariat, sondern an wohlhabenden Bürgern, die Kaufkraft vermehrt sich, das Eisenbahnetz beginnt sich zu entwickeln — kurz, die deutsche Industrie hat hier noch ein großes Arbeitsfeld vor sich und wird die Konkurrenz ohne Schwierigkeit aufnehmen können. Die bisher nach Griechenland wie nach der ganzen Levante exportirten Waaren sind sehr minderwertig, und der deutschen Industrie bei ihrer anerkannten Reclutät und Mäßigkeit wird es leicht sein, dort Erfolge zu erringen. Der deutsche Einfluß macht sich dort in ganz erfreulicher Weise geltend, das anerkannteste griechische Handelshaus, ein Wollhaus in Patras, ist ein deutsches; der deutsche Konsul Claus in Patras hat die deutsche Weinbaugesellschaft in Griechenland etabliert. Der Abschluß des Handelsvertrages wird sicherlich alle diese Beziehungen noch inniger gestalten. (Beifall rechts.)

Abg. Proemel (deutsch-frei): Schon bei dem Vertrage mit Spanien wurden Stimmen laut, welche den Weg neuer Abmachungen mittelst gegenseitiger Konzessionen nicht für bedenklich hielten. An ihn erinnert der vorliegende in mancher Hinsicht. Zwar gingen ihm nicht die Kämpfe voraus, die sich an den Vertrag mit Spanien knüpften, und unter diesen Umständen hätte man sich nicht unvorsichtlich mit der Regierung, deren Vertreter, bei der Tendenz unserer Zollgesetzgebung von vornherein in schlimmer Lage, unsere Wünsche verdienen, daß es ihnen gelungen ist, noch das zu erreichen, was in diesem Vertrage erreicht ist. Freilich steht er hinter dem mit Spanien in Bezug auf Erreichtes zurück, aber das liegt an der Verschiedenheit der Handelspolitik Spaniens und Griechenlands. Spanien hat, wie jetzt durch sein Unglück, damals unsere Sympathien erweckt, indem es in seinem sehr stark ausgebildeten Schutzsystem eine erhebliche Milderung eintreten ließ. Griechenland stand umgekehrt im Begriff, einen mit vielen erhöhten Sägen ausgestatteten Tarif einzuführen. Die uns gemachte Vorlage verzeichnet nichtsdenn weniger eine Reihe von Konventionen, welche indessen die Reichsregierung, höflich ausgedrückt, mit zu großem Wohlwollen betrachtet. Handelt es sich doch im Wesentlichen gar nicht um Ermäßigungen, da sich die im Vertrage aufgeführten Sägen fast durchweg im autonomen Tarif Griechenlands vorfinden; der

Vertrag bindet diese Sägen nun auf zehn Jahre. Andererseits sind in Griechenland gerade vor Abschluß des Vertrages erhebliche Zollerböhrungen für Exportartikel der deutschen Industrie, speziell der Textilindustrie, eingeführt, in deren Belämpfung die deutsche Reichsregierung wenig glücklich gewesen ist. Ebenso ist das Geleß über die zollfreie Zulassung von Spirit zum Verschmitt von Weinen fast vier Monate vor Vereinbarung des Vertrages und zwar allgemein für alle fremden Spiriten erlassen. Der im Vertrage stipulirten Bindung griechischer Zollsägen stehen auf deutscher Seite Konzessionen gegenüber, durch welche Theile des deutschen Tarifs auf die ganze Dauer des Vertrages festgelegt werden. Dahin gehört vor Allem der Korinthzoll, dessen Ermäßigung von 24 M. auf 8 M. schon jetzt der Reichskasse einen Einnahmeausfall von 1/4 Millionen Mark verursacht. Das friedliche Arrangement auf dem Wege eines Vertrages ist freilich auch unter diesen Umständen willkommen zu heißen. Gegen die weitere Verabredung der Vorlage im Plenum ist nichts einzuwenden, wenn auch bei wichtigeren Verträgen künftig die Vorberatung in einer Kommission vorzuziehen ist. Mit den wichtigsten europäischen Staaten fehlt es uns an einer dauernden vertragsmäßigen Regelung. Der Vertrag mit der Schweiz läuft im nächsten Jahre ab, die Verträge mit Oesterreich und Spanien enden 1887, für 1888 steht Italien ein Ründigungsrecht zu, und Belgien kann jedes Jahr kündigen. Diese Unsicherheit der handelspolitischen Lage kann der Erhaltung und Entwicklung unseres Exporthandels nicht frommen. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, alljährlich in einem Kampfe um einen wichtigen Handelsvertrag zu gerathen. Daß diese Lage keineswegs eine notwendige Konsequenz der schon öfterlichen Tendenzen in anderen Ländern ist, beweist das Beispiel Frankreichs und Spaniens, welche durch erhebliche Zollermäßigungen den Abschluß sehr weitgehender Konventionen mit anderen Staaten erreicht haben. Dem Mann mit den zugehörigen Taschen, welchen das Deutsche Reich jetzt spielt, thut freilich Niemand etwas zu Lieb. Wenn Deutschland nur einige Zugeständnisse machen wollte, so könnte es auch heute noch auf europäischem Boden für seine Exportindustrie eine weit günstigere und sichere Lage schaffen. Jetzt helfen wir uns mühselig von Jahr zu Jahr fort. Die Verträge mit Spanien, Italien und Griechenland sind durch Ermäßigungen von Zöllen auf Südhäute gekauft, welche auch vor 1879 möglich gewesen wären. Wie aber sieht es mit der Zusage, daß der 1879 geschlossene Tarif eine treffliche Handhabe zum Abschluß günstiger Verträge bieten werde? Diese Zusage ist bisher nicht eingelöst. Die große Mehrheit der deutschen Handels- und Industriekreise würden aber gerade dabei der Reichsregierung zur Seite stehen. Sind doch die großen Kulturstaaten Europas für den Absatz unserer Industrieerzeugnisse tausend Mal wichtiger als alle Winkel und Landeshäute, welche wir jetzt in fernen Erdtheilen aussuchen. (Sehr richtig! links.) Ich habe für das solide Unternehmen eines jeden deutschen Kaufmanns, wo immer es sei, die wärmste Sympathie, namentlich wenn er keinen besonderen Rückschlag aus der Reichskasse verlangt. Aber man mag den Vortheil für unsere Exportindustrie noch so hoch veranschlagen, wenn wir in Afrika und in der Südsee etwas bessere Zeugnisse verkaufen und an unsere nuffrauen Kolonialbrüder etwas mehr Spirit und etwas mehr Pulver abgeben — der Handelslehrer mit unseren nächsten Nachbarn ist doch tausend Mal für die Deutschlands Produktion und Absatz wichtiger als jene Länder, die bilden mit uns in dieser Hinsicht ein gemeinsames Handels- und Wirtschaftsgebiet, für welches die staatlichen Grenzen doch noch keine wirtschaftlichen Schranken sind. Und nicht allein Europa, auch die große Union jenseits des Ozeans kommt dabei in Betracht, die keineswegs jeder handelspolitischen Abmachung abgeneigt ist. Eine glückliche Initiative könnte hier auch von allgemeiner Bedeutung sein. Die trübe Lage, in welcher sich viele Weltindustrien befinden, rührt nicht zum wenigsten davon her, daß jeder Staat die eigene Industrie durch hohen Zollschutz zur Mehrproduktion aufzustadein trachtet. Eine notwendige Folge ist das Einwärtsweifen von Produkten in großen Mengen auf die ausländischen Märkte zu Schleuderpreisen. Ein energisches Einlenken in die Handelsvertragspolitik seitens eines Staates wie Deutschland könnte hier großen Nutzen bringen. Dies ist jedenfalls der Boden, auf den Deutschland sich für die Zukunft mit seinen handelspolitischen Bestrebungen stellen muß, und wenn der Herr

Das Werbedepot zu Harderwyk.

R. C. Bekanntlich haben die Holländer für ihre Ostindische Armee das Werbedepot eingeführt. Die einheimische Armee besteht fast durchweg aus Holländern, während die Kolonialarmee aus den ostindischen Inseln, aus Negern und angeworbenen europäischen Soldaten aus aller Herren Länder zusammengesetzt ist.

Das Werbedepot für diese Soldaten befindet sich in Harderwyk. Ein Einbild in das Leben und Treiben dieses Städtchens und in das Werbedepot selbst dürfte von allgemeinem Interesse sein und auch manchen unserer Landsleute abhalten, sich für holländische Kriegsdienste anwerben zu lassen.

Harderwyk ist ein Städtchen mit ungefähr 6000 Einwohnern, und liegt am südöstlichen Ufer der Zuyder-See, an der Bahn von Utrecht nach Ambove. Die Gegend ist, wie in der ganzen Provinz Gelderland, flach; die Halbinseln wechseln mit Torfmooren ab. Die Bevölkerung in Harderwyk besteht zur Hälfte aus Fischern, die mühsam ihr Brod dem Netze abringen; während die andere Hälfte einfach von dem Kolonial-Weibedepot lebt. In den Hauptstraßen befinden sich Haus an Haus Kneipen der seltsamsten Art, fast alle mit „Logementen“ verbunden. Nur der bei weitem kleinste Theil aller Derjenigen, die in die Armee eintreten wollen, kommt mit den erforderlichen Papieren nach Harderwyk. Die Einen konnten überhaupt nicht erfahren, was sie brauchten; die Andern sind zu leichtsinnig, sich darum zu kümmern, und denken, es sei jedenfalls die Hauptsache, daß sie selbst da sind. Gerade diese Leute sind es, die dem Logementhalter in die Finger fallen, und die ihn bald zum wohlhabenden Mann machen. Der Ankömmling hat in der Regel kein Geld, hat sich Wochen und Monate lang als Handwerksbursche oder sonstwie in der Welt herumgetrieben, oder er ist auch direkt nach Harderwyk gewandert, und hat den ganzen langen Weg sich bettelnd durchgeschlagen. Selbstverständlich ist er in der Kleidung heruntergekommen, und vor Allem ausgehungert. In Harderwyk findet er für die erste Nacht leicht ein Unterkommen, wenn sich der vorsichtige Logementhalter auch noch nicht zur Verabfolgung von Speisen und Getränken verleiten läßt. Erst am folgenden Morgen, wenn der Rekrut ärztlich untersucht, und von dem Doktor für feld-tauglich erklärt worden ist, beginnt nach mehr oder weniger langer Fastenzeit das lustige Leben. Hat auch der Fremdling außer einem schmerzigen Militärpaß oder einem alten Dienstzeugniß kein Attest weiter mitgebracht; die nöthigen Papiere werden schon auf irgend eine Weise herbeschafft werden. Der angehende Soldat wohnt, ist und trinkt

und erhält von ihm bei seiner Einschiffung in die Kolonien womöglich noch ein kleines Geldegen.

Geliebt es nun aber, daß das Gesuch des Rekruten von seiner heimathlichen Behörde abschlägig beantwortet wird, werden die Papiere aus irgend einem Grunde verweigert, vielleicht weil der Mann noch Schulden bei seiner Gemeinde zu tilgen hat, indem er, wie das ja öfter vorkommt, in öffentlichen Krankenhäusern u. s. w. verpflegt worden ist, oder weil er noch Strafen zu bezahlen oder abzulösen hat, oder weil die Papiere, namentlich das Führungs-Attest, nicht derart, daß er mit demselben als Soldat angenommen wird — dann tritt eine geheimnißvolle dritte Person helfend ein. Der Rekrut ist bei seinem Wirth in diese Schulden gerathen — so wird ihm das wenigstens erzählt — er hat jetzt von seinem Handgelder bereits 160 bis 170 Gulden verzehrt — obgleich der wirkliche Kostenaufwand kaum ein Drittel der genannten Summe beträgt; und der Wirth will unter allen Umständen zu seinem Gelde kommen. Der Schuldner wird nun, je nach seinem Charakter, es sei durch Drohungen mit der Polizei, es sei durch gütliches Bitten, schließlich so in die Enge getrieben, daß er sich mit Allem einverstanden erklärt, nur um dem Gläubiger zu entgehen, der es jetzt für gut findet, sich dem Opfer in seiner wahren Gestalt zu zeigen. Ist der Logementhalter sehr vorsichtig, oder glaubt er ihm nur einige, allerdings nicht misszu-dürfen, so giebt er ihm nur einige, allerdings nicht misszu-verstehende Ringe, wo trotz alledem die erforderlichen Papiere erhalten werden. Gewöhnlich wird die Sache ziemlich offen betrieben. Der Wirth besorgt dann selber den Militärpaß. Das ist s. B. ein heruntergekommenes Univerfalten in Verbindung steht. Beide wohnen nicht in Harderwyk, nicht einmal in Holland, sondern meistens in Belgien, und zwar wird der größte Theil der gefälligen Papiere in Lüttich angefertigt. Mit einem dieser Künstler verhandelt nun der Rekrut über den Kostenpreis. Müssen alle Papiere fabrizirt werden, so ist eine Ausgabe von etwa 50 Gulden nöthig, während ein einzelnes Attest schon für 20 bis 25 Gulden geliebert wird. Der Logementhalter, der sich schämbt um den ganzen Handel nicht kümmern, bezieht aber auch hier seine Procente von dem Fälligen. Nach einigen Tagen sind die Atteste da; der junge Mann wird eingekleidet, empfängt das lang ersehnte Handgeld, und eine Stunde später befindet sich dasselbe in den Händen seines Wirths — oft behält er nicht soviel, um noch ein Mal zu Abend essen zu können. Bisweilen spielen sich diese Vorgänge nicht ganz friedlich ab. Der Geprallte will sich nicht in so gemeiner Weise ausziehen lassen; es hilft ihm jedoch

Reichskanzler bei einer früheren Gelegenheit den Mitgliedern dieses Hauses ein *Hic saluta!* zurief, so gilt diese Mahnung ganz besonders der Reichsregierung für die handelspolitischen Aufgaben der nächsten Zukunft. Was wir in den letzten Jahren an Handelsverträgen haben fertig bringen können, das ist nicht mehr als Arbeit, lassen Sie uns endlich einmal ein ganzes Stück tüchtiger Arbeit leisten. (Bravo!)

Kommissarius des Bundesrathes kaiserlicher Geh. Ober-Regierungsrath Schraut: Meine Herren, der Herr Vorredner hat bezweifelt, daß Deutschland als ein Staat mit zurechnenden Tathkräften, wie er sich ausdrückt, in den letzten Jahren Handelsverträge abgeschlossen habe, die für unsere Industrie günstig wären. Dem gegenüber darf ich bemerken, daß die gesammte deutsche Industrie vollständig darin einer Meinung ist, daß die Handelsverträge mit Italien, Spanien, Mexiko, die im vorigen Jahre Gegenstand der Beratung dieses hohen Hauses waren, große Ertragschancen darstellen, und daß aus denselben, Dank der Umsicht, welche unsere Vertreter im Auslande entwickelt, für Deutschland die segensreichsten Vortheile entstanden sind. Ich glaube aber auch, daß der gegenwärtig zur Beratung vorliegende Handelsvertrag nicht im Mindesten das immerhin etwas abfällige Urtheil verdient, das der Herr Vorredner trotz seiner im Allgemeinen entgegenkommenden Haltung im Einzelnen fällt. Zum Beweise dafür darf ich darauf hinweisen, daß die griechische Regierung für unsere wichtigsten Ausfuhrartikel nach Griechenland vollständig Zollfreiheit gewährt hat. Diese Zollfreiheit geniehen Materialeisen, Eisenbahnschienen, Maschinen, Eisen- und Stahlwaaren, Chinin, Spiritus welcher zum Verschnitt von Wein benutzt wird, Nähmaschinen u. s. w. Namentlich die Bewilligung der Zollfreiheit für Eisenbahnschienen und Eisenbahnmaterialeisen ist bei dem Umfange, daß gerade jetzt in Griechenland mit dem Eisenbahnbau in größeren Dimensionen vorgegangen wird, von der allergrößten Bedeutung. (Sehr richtig.) Wenn der Herr Vorredner die Textilindustrie speziell angeführt hat, so find wir auch auf diesem Gebiete keineswegs ohne Erfolge herausgegangen. Die griechische Regierung hat ihre Hölle für Posamentierwaaren — baumwollene und halbseidene — bedeutend herabgesetzt. Andererseits hat allerdings Griechenland für einige Branchen der Textilindustrie seine Zollsätze inzwischen erhöht; dies betrifft aber im Wesentlichen die feineren Artikel, die namentlich von Oesterreich und Frankreich nach Griechenland ausgeführt werden. Wir führen hauptsächlich nur grobe Textilwaaren nach Griechenland aus, und für diese sind bei der größten Wohl der einzelnen Artikel auch in dem autonomen Tarif die Zollsätze herabgesetzt. Der Herr Vorredner sagt: Die uns gemachten Konzessionen ständen in dem allgemeinen griechischen Tarif. Dies ist richtig. Die Verhandlungen schwebten seit Oktober 1883. Wir stellten unsere Forderungen von Anfang an in der Ausdehnung auf, welche wir zum größten Theile erreicht haben, und als die griechische Regierung sich entschlossen hatte, uns diese Forderung zu konzessiren, so nahmen wir diese Zollbegünstigungen, welche in erster Linie unseren Interessen angepaßt waren, in ihren neuen damals in der Ausarbeitung begriffenen Tarif auf. Diese Begünstigungen kommen uns auf die Dauer von 10 Jahren zu stehen. Doch auch die griechische Regierung der Ansicht ist, daß ihre Konzessionen von beträchtlicher Bedeutung seien, hat der Herr Minister Tzicoubi in der griechischen Kammer anerkannt, indem er sagte, daß der Abschluß des Vertrages mit uns nur gegen bedeutende Gegenleistungen seitens der griechischen Regierung hätte erreicht werden können. — Was unsere Konzessionen betrifft, so ist, wie der Herr Vorredner schon angeführt hat, der Rottintheinoll bereits in unserem Vertrage mit Spanien erwähnt worden. Der Ausfall, der dadurch in finanzieller Beziehung entsteht, beträgt allerdings, wenn man die bisherige Einfuhrmenge als Grundlage annimmt, ungefähr 750 000 M. jährlich. Es darf aber angenommen werden, daß die Einfuhr infolge der Zollermäßigung dermaßen steigen wird, daß ein Theil dieses Vollaufsalles, und zwar kein unbedeutlicher, durch einen Aequivalenzvortrag „in der Umfassung“, die wir bereits in Bezug auf die Zollherabsetzung für Südrücker in den Verträgen mit Spanien und Italien gemacht haben. Im Uebrigen möchte ich, was die allgemeinen Ausführungen des Herrn Vorredners bezüglich der Handelsvertragspolitik betrifft, erwähnen, daß seit dem Jahre 1879, unter der Herrschaft der jetzigen Hölle und Handelspolitik, eine so große Anzahl der wichtigsten Verträge abgeschlossen ist, daß wirklich nicht bezweifelt werden kann, daß die jetzige Zollpolitik kein Hinderniß bildet für große Ertragschancen auf internationalem Gebiete. Ich erinnere nur an die sehr wichtigen Verträge mit Mexiko, Serbien, Italien, Spanien u. s. w., auf Grund deren unsere Industrie fortwährend neue Absatzgebiete findet. Wenn man auf andere Staaten hinweist, die günstigere Handelsverträge ergiebt haben sollen, so sage ich dem gegenüber: Das freihändlerische England hat lange Zeit keinen Handelsvertrag mit Spanien zu Stande bringen können.

nichts, er muß in jedem Fall bezahlen, und zwar das, was sein Wirth verlangt. Eine Befreiung bei den Offizieren des Werbe-Depots ist vollständig wirkungslos; sie weisen dieselben entweder kurz zurück, oder spüren den Rekruten mit einigen Redensarten ab: daß man bezahlen müsse, was man schuldig ist, daß der Wirth wohl Recht haben werde u. s. w. Verweigert der Schuldner die Zahlung, so wartet sein Gläubiger mit einem Besamlen vor dem Rostener-Thor, bis Jener herauskommt, und läßt ihn ohne Weiters auf das Polizeibüreau bringen, wo ihm dann, wenn er sich seiner sträubt, die betreffende Summe buchstäblich mit Gewalt entzissen wird. Für solche Heldenthaten fallen auch wohl an die Beamten entsprechende Lohngehälter ab. Vielleicht in keinem Orte der Welt besitzt die Polizei eine weitgehendere Macht, aber auch ein weiters Gewissen, als gerade in Harderwyk. Für Geld erhält man Alles; ohne Geld selbst mit dem besten Rechte — Nichts. Wenn man die drei oder vier Mitglieder dieser Ueberwachungs-Behörde etwas näher ins Auge faßt, und bemerkt, daß dieselben sich in einem beständigen Gendres-Dusel befinden, so kann man sich allerdings nicht mehr darüber wundern, daß Dinge, wie die oben geschilderten, ein offizielles Geheimniß bleiben. Venedigswirth ist auch das Vertrauen, welches die holländische Regierung in ihre aufstrebenden Organe setzt.

Wenn wir von den „Logementen“ in Harderwyk sprachen, so ist damit nicht gefogt, daß sich dieselben nur in dieser Stadt vorfinden; man hat sie in ganz Holland. An der deutschen Grenze befinden sie sich namentlich in Oldenzaal und Venlo. Außerdem besetzt sich in allen größeren Städten, wie im Haag, in Amsterdam, in Rotterdam, eine ganze Anzahl von Gastwirthschaften mit diesem sauberen Geschäft. Leider thun das aber nicht nur geborene Holländer, sondern hauptsächlich neben diesen auch ehvergeffene Deutsche. An den Grenzen sind die Logementhalter oft auch zugleich Werber. Das Anwerben von Soldaten ist bekanntlich in allen Ländern, außer in Belgien, auf das Strengste verboten. Leute, die sich mit diesem gefährlichen Handwerk befassen, müssen sehr verschämte Bursche sein, sich in jeder Lage schnell zurückziehen, und die Hölle besitzen, sich den verschiedensten Charakteren anzupassen. Viele Werber machen große Reiten, bis tief in die Schweiz hinein und wissen fast immer den wackelnden Augen der Polizei zu entgehen. Unter ihnen befinden sich sonderbarer Weise auch Schweizer, die selbst angeworbene Soldaten sind, und einem abenteuerlichen abwechselungsreichen Leben nicht entzagen können. Sie geben unter der Maske von Weidhändlern, Geschäfts- oder Bergbaureisenden ins Ausland, namentlich in die westlichen Gegenden Deutschlands, um ihre Waare zu suchen. Alle verstehen sie es, sich mit einem Anstrich

Gerade unser Vertrag mit Griechenland ist ein Beweis, daß unsere Zollpolitik nicht das geringste Hinderniß bildet. Griechenland hat zur Zeit keinen einzigen Tarifvertrag außer mit uns, und unsere Hauptkonkurrenten in Griechenland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika sind, soweit wir wissen, mit Griechenland noch nicht ins Reine gekommen. Ich glaube deshalb, daß es ungerechtfertigt ist, so sagen, es wäre bei unserer jetzigen Zollpolitik nicht möglich, eine günstige Handelspolitik auf internationalem Gebiete zu treiben. (Bravo! recht.) Die Diskussion wird geschlossen, ein Antrag auf Verweigerung des Vertrages an eine Kommission liegt nicht vor, das Haus tritt sofort in die zweite Beratung ein und genehmigt den Vertrag in allen seinen Theilen.

Darauf wird die Staatsberatung fortgesetzt: Der Verwaltung der kaiserlichen Marine. (Titel 1, Chef der Admiralität.)

Referent Abg. Richter (dtsch.-frei.) recapitulirt die Verhandlungen der Budgetkommission, verweist auf die Befantheilungen des Admirals mit abgegebenen Erklärungen und empfiehlt namentlich der Kommission, welche sich einstimmig für die Mehrforderungen im Marineetat erklärt habe, dieselben anzunehmen. Es sei nicht möglich gewesen, die durch die Kolonialpolitik entstehenden Kosten im Etat abgeändert erscheinen zu lassen; nach zuverlässiger Schätzung dürften sie aber etwa drei Millionen Mark betragen. Der einstimmige Beschluß der Kommission sei gefaßt worden, trotz verschiedener sehr erheblicher Bedenken einzelner Kommissionsmitglieder, welche den Mehrforderungen nur zugestimmt haben mit der ausdrücklichen Erklärung, sich für die Zukunft dadurch nicht binden zu wollen.

Abg. Frhr. v. Franckenstein (Zentrum): Das Zentrum wird zwar die Mehrforderungen in ihrer vollen Höhe bewilligen, jedoch ohne Präjudiz für die Zukunft. Wir meinen, daß die Kolonialpolitik des Reichskanzlers den Rahmen bereits überschritten hat, der für sie im Juli v. J. in Aussicht genommen war. Bereits im laufenden Etatsjahr hat diese Kolonialpolitik zu Staatsüberschreitungen geführt; für das Jahr 1885/86 veranlaßt sie noch erheblich größere Kosten. Meine Partei ist der Ansicht, daß durch die Kolonialpolitik materielle Vortheile nur für einen kleinen Theil der deutschen Bevölkerung, für einige Großindustrien und Handwerke, entstehen werden. Namentlich die ackerbaureichende deutsche Bevölkerung hat keinen materiellen Vortheil daraus zu hoffen. Gleichwohl aber müssen die Kosten der Kolonialpolitik vom ganzen Volk getragen werden. Für die heutigen Positionen stimmen wir nur, weil wir wünschen, daß die deutsche Flagge überall gekehrt und respektirt werde. Wir lehnen es aber ab, damit eine Bewilligung der Kolonialpolitik auszusprechen und vernehmen uns gegen jede Verantwortlichkeit für die etwaigen Folgen dieser Politik. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Stauffenberg (dtsch.-frei.): Was wir in diesem Etat, durch außerordentliche Verhältnisse gezwungen, bewilligen, nehmen auch wir keineswegs für die Zukunft in Aussicht. Wir behalten uns ausdrücklich für die kommenden Jahre völlig freie Hand vor. Sehr wesentlich wird für uns dabei der Geldgeschichtspunkt sein. Wir gehen an diesem Punkt nicht, wie das neuerdings Mode geworden ist, mit vornehmem Achselzucken vorüber, sondern halten ihn für absolut erheblich. Eine schrankenlose Entwidlung der Marine gleichzeitig mit der Aufrechterhaltung der Heeresstärke ist für uns nicht zu ertragen. Wenn das richtige Maß beim Heer überschritten wird, so muß darunter die Marine leiden, und wird es bei der Marine überschritten, so leidet das Heer. Ich gehe nicht so weit, so sagen, daß die Kolonialpolitik jetzt schon über den ursprünglichen Rahmen hinausgehe; das zu beurtheilen, haben wir noch nicht das Material; aber auch nach dieser Richtung behalte ich für mich und meine Freunde für die Zukunft das Recht vor, die Angemessenheit der betreffenden Ausgaben stets genau im Einzelnen zu prüfen. (Beifall links.)

Doch das Kolonialheer im Hause nicht so stark zu grassiren wie außerhalb; obwohl ja viele Herren im Reichstag mangelt werden, wenn das sogenannte Volk gesprochen hat. (Heiterkeit und Zwischenrufe.) Ich sage „sogenanntes“ Volk, indem ich an die Leute denke, die sich immer gern „das Volk“ nennen. Wenn Sie jetzt für diese Mehrforderungen stimmen, so werden Sie es auch in Zukunft thun müssen, trotz Ihres heutigen Vorbehalts. Wir unsererseits sind konsequenter; wir sagen: weil aus der Kolonialpolitik für die Arbeiter, namentlich die Arbeiter, kein Vortheil entstehen kann, stimmen wir gegen alle Ausgaben, die für diese Politik auch im Marine-Stat gefordert werden. Der Reichskanzler möge erst sein Wort vom Recht auf Arbeit im Innern des Landes bewahren; durch Aufforstungen, Urbarmachung von Oedland, Kanalbauten den Wohlstand des Landes heben, den Normalarbeitstag regeln u. s. w. Nur dadurch kann er einen wohlhabenden Arbeiterstand schaffen; nicht durch Kolonien in Afrika.

von Bonhomie und Wiederkeit zu verleben; sie können auszeichnen erzählen, wissen ergofle Gemüther vollständig zu umgarnen und für sich einzunehmen, und haben einen inständigen Säuferspekt für die geheimen Leidenschaften und Wünsche ihrer Opfer. Sie besuchen im fremden Lande die Tanzkneipen und Schänken, wo sich Leute die das Nicht scheuen, zusammenfinden. Unter dem herumlungern den Proletariat großer Städte halten sie die reichste Ernte; Jeder der sonst körperlich geeignet scheint, ist ihnen gut genug. So fördern sie 18 bis 20 jährige Burschen, die ihren Meistern entlaufen sind, und alle Bannbrüder mit rothen Näsen, die im Sommer im Freien, im Winter in den Arbeitshäusern logiren. Auf dem platten Lande nisten sie sich in den Wirthshäusern ein, erzählen den Anrechten Wunderdinge von fremden Ländern, spendiren Getränke, lassen viel Geld sehn, regen durch unlaubere Geschichten Begierden und Leidenschaften an, spähnen dabei, ob sie von Unterworfenen beobachtet oder belauscht werden, und bei welchem ihrer Subdorer Samen der fruchtbarere Boden fällt. Haben sie Einen gefunden, der thöricht genug ist, sich mit ihnen einzulassen, wird er bei Seite genommen, auf das Eindringlichste bearbeitet, mit Reizegeld und der Adresse eines Logementhalters in Holland versehen, es wird ihm die Route, die er zu nehmen hat, genau vorgezeichnet und bis in die kleinsten Einzelheiten aufgeschrieben, und wendmöglich am selben Tage wird der arme Kerl, ohne daß er noch mit einem seiner Angehörigen zusammengelommen wäre, wegschickt auf Nimmerwiedersichn. Ebenso spurlos verschwindet der Werber, um an einem anderen Orte wieder aufzutreten. Reizegeld und alle sonstigen Unkosten trägt natürlich der Rekrut; er kostet mit seinem Handgeld für Alles. Für den Werber ist das Geschäft ebenso gewinnbringend, wie für den Logementhalter; es existiren in Harderwyk Leute, die als ausgediente Militärs aus den Kolonien zurückkommen, sich auf diese Branche werfen, und in kurzer Zeit nicht nur am Orte selbst sich ankaufen konnten, sondern sogar in den Hauptstädten Hollands mehrere große Grundstücke erworben. Sie befragen sich mit allen diesen Sachen nicht nur Männer, auch Frauen haben sich des famosen Gewerbes bemächtigt. Es sind das jedesmal Damen von gewaltigem Umfange, die an Körperkraft manchen Mann übertreffen, die sich mehr oder weniger dem Trunke ergeben haben, dazu mit den Rekruten, die sich bei ihnen im Logement befinden, Liebesbändel beginnen, nichtsdestoweniger mit eiserner Strenge darauf halten, daß sie bis auf den letzten Pfennig bezahlt werden, die sich nicht scheuen, einen Viebhater, dem sie kurz vorher ewige Treue geschworen, in erschreckender Weise zu überthun.

(Fortsetzung folgt.)

Wenn Laskalle einst ebenfalls für Kolonisation schwärmte, dachte dabei an den Orient. Das ist ganz etwas anderes. Auch meinte er, solche Kolonialpolitik würde nur von den deutschen Republik getrieben werden können. Wir sind also gegen jeden Pfennig, der für die Kolonialpolitik verwendet werden soll, weil diese Politik nichts taugt.

Abg. v. Helderhoff (konserv.): Wir für unsern Reich und Schatz bewilligen diese Forderung mit dem Bewußtsein, daß wir zum letzten Mal Summen dieser Art zu bewilligen werden. Ist doch jetzt erst Deutschland hinausgetreten in Seeverlehr, eine Folge der Entwicklung, welche die Macht durch die jüngsten Ereignisse erfahren hat. Sehr wesentlich ist es, daß die Schritte zu einer Antinationalpolitik zu richtiger Zeit gehen werden, und daß sollten wir den jetzigen Zeitpunkt nicht veräumen, so muß zugeben, anerkannter Meister der diplomatischen Kunst unsere Politik übernehmen hat und wo Deutschland sich eines Ansehens nicht bei den übrigen Mächten, wie das so leicht nicht dem agrarischen Lehren wird. (Sehr richtig! recht.) Man sagt, die Kolonialpolitik der Landwirtschaft seien an der Kolonialpolitik nicht behelligt gegen sie. Aber was will dieser Einwand, wenn eine Industrie in Betracht kommt, die für 3 Milliarden Waaren exportirt. Auch die Kolonialpolitik wegen der Bilanzierung des Staats können in die Bedenkale fallen. Deutschland steht in Bezug auf Finanzen am besten da. Ich halte es auch nicht für notwendig, die Kolonialpolitik mit unserer Marine der französischen oder englischen Marine Konkurrenz zu machen. Die Eisenbahnstationen sind genügen, auf die große Vermehrung unserer Schiffs- oder Passagierschiffe wird es nicht ankommen. Wir wenden übrigens schon jetzt erhebliche Kosten auf die Marine auf. Sollen wir uns nun von allen überflüssigen Anlagen gänzlich fern halten, so muß ich sagen, es ist unsere Marine schon jetzt zu theuer. Nur um uns nicht über jede Neuschiffung, bedürfen wir derselben nicht, dazu genügen die Boote. Ich bitte Sie also, in der Bewilligung dessen, was zur Verpölichung unserer Kolonialpolitik gebraucht wird, angänglich zu sein. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (dtsch.): Der Herr Vorredner bemerkt in Widerspruch. Er stellt die Sache einmal so dar, als wir jetzt erst herausgetreten seien in den Weltverkehr, und gegen ein seit konstatirt er die große Bedeutung des deutschen Handels in demselben. Das letztere ist richtig und diese Bedeutung konnte erlangen werden ohne Kolonialpolitik. Diese Politik fordert uns auf, die Bedeutung jener Politik nicht zu schätzen. Was die Deutschen im Ausland denken, ist uns nicht zu betreten lassen. Sie begablen sich und haben oft aus egoistischen Gründen Deutschland solche Fragen, als die Deutschen im Ausland, die ihre Meinung, und zwar oft in recht aufdringlicher aufzwingen wollen. Es ist früher davor gewarnt worden, mit einer Schügensfestimmung an die Kolonialpolitik auszutreten. Wenn die deutsche Ehre im Ausland engagirt werden wir auch mit Gut und Blut für dieselbe einzutreten das nun bereits geschehen ist, deshalb stehen wir den Kolonialpolitik gegenüber, als in vorigen Jahren am Schutze der Kamerun sugetragten haben. Der Geschwaderkommandant hat bereits angezeigt, daß sein Weibchen dort noch nothwendig Unter diesen Umständen wird es keiner verantwortlichen das das Geschwader zurückgezogen wird. Die vollen Nachrichten legt uns hier eine Verpflichtung auf. Auch auf niedrigeren worden. In Überland hat ein Herr Heteros erklärt, daß er die Annerion des Landes nicht der Waffschloß nicht anerkennen könne, und wenn eine Nachricht, daß die deutsche Okkupation aus Neu-Guinea hinausgeworfen sei, demittirt wird, so wissen wir nicht, wo nicht in der Sätze vorgeht. Unter diesen Umständen nicht anders stimmen, als es Herr von Stauffenberg angehängt hat. Wir haben aber allen Grund, zu prüfen, ob irgend welche Maßnahmen über den Reichskanzler gezogenen Rahmen der Kolonialpolitik geht. Ich bin gar nicht sicher, ob das schon geschehen ist, aber ich will mit Herrn v. Stauffenberg anerkennen, daß ein abschließendes Urtheil jetzt noch nicht möglich ist. In dem aber, was wir bis jetzt erlebt, sind die Aufforderung, uns von solchen Anstellungen fern zu halten, wo nicht schon deutsche Anstiedler vorhanden sind. (Beifall links.)

Abg. Bötker (nat.-lib.): Es ist mir bekannt, daß von keiner namhaften Partei Opposition gegen die Forderung erhoben werden würde, um so mehr deutsche Marine uns übertraut, bei dieser Gelegenheit eine Kolonialpolitische Debatte sich erheben zu lassen. Aber wenn wir darauf nicht gefaßt, weil sie noch so viele Gelegenheiten bieten wird, dieser Frage nachzutreten. Indessen wollen wir den Schein vermeiden, das was unser Volk in seiner Mehrheit auf die Forderung hier im Reichstag seinen Anhang fände, als ob sich ein Satz ausgehen zwischen der Stimmung im Lande und dem Hause. Ich war zu dieser Erklärung um so mehr geneigt, als Herr v. Franckenstein in feierlicher Weise die Annahme seiner Partei zu dieser Frage kundgegeben hat, zur Rechtfertigung des Verhaltens seiner Partei die Kolonialpolitik, daß die Kolonialpolitik eine starke Bewilligung unserer Marine erfordern werde. Aber dieser Bewilligung die Erklärung entgegen sowohl, welche der Chef der Kommission abgegeben, als auch die Erklärung des Herrn Reichskanzlers. Indessen sind auch materielle Gründe von Herrn v. Franckenstein angezogen worden. Er hat ein abschließendes Urtheil dahin ab, daß die Kolonialpolitik einem kleinen Interessentenkreise zu Gute kommen würde, und ohne Vortheil für die Landwirtschaft sei, die trotzdem die Kosten derselben beizutragen veranlaßt würde. solchen Urtheile muß ich entgegenreten; auch für die Kolonialpolitik muß ich entgegenreten; auch für die Kolonialpolitik muß ich entgegenreten; auch für die Kolonialpolitik muß ich entgegenreten. (Beifall links.)

am Ende seiner Lebensstage dieser Aufgabe seine Kraft widmet hat. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Helledorff (kons.): Wenn Herr Richter meine Worte hätte verstehen wollen, so hätte ihm ein Zweifel nicht steigen können. Ich habe sagen wollen, daß die Deutschen von lange am auswärtigen Handelsverkehr theilhaftig sind, daß aber die deutsche Flagge dem Deutschen im Ausland nicht und Schutz verleiht, das ist doch erst jetzt eingetreten; und das ist es auch, was von den Deutschen im Auslande so sehr empfunden wird; das ist die große Thatsache, die Niemand mißverstehen kann. Recht erfreulich war es für mich, daß die Herren Richter und Hasenclever betont haben, daß sie Kolonialpolitik nicht zustimmen. Ich hoffe, die Nation wird ihnen die Antwort darauf geben! (Beifall rechts.)

Graf Udo Stolberg-Wernigerode (kons.): Auch muß zugeben, daß die Interessen der Landwirtschaft an der Kolonialfrage vielleicht die geringsten sind. Man wirt und nun es Ansehen, daß wir immer auf dem Standpunkte der Sonderinteressen, nicht dem agrarischen stehen; wäre das der Fall, so müßten wir die Kolonialpolitik entweder bekämpfen, oder uns gleichgültig gegen sie verhalten. Wir haben indeß unseren eigenen Vortheil stets nur in dem Vortheil der Gesamtheit gesucht. Auch darum treten wir auch vom agrarischen Standpunkt für die Kolonialpolitik ein.

Abg. Richter: Die uninteressante Vorliebe der Agrarier für die Kolonialpolitik äußert sich gerade in einem Augenblicke, oder endlich die Erhöhung der Getreidezölle in Aussicht steht (Oho! Aufschrei). Ich wundere mich übrigens sehr, daß uns in dieser Sache Herr Hartwig nicht weitere Erfahrungen wie diejenigen nicht anknüpft, die er das Buntpapier heute vorgetragen hat. Herr Boermann hat selbst der Reichskanzler haben sich darauf bezogen. Nach den übereinstimmenden erfolgreichen Ausführungen muß man solchen Rügen, es ist gegenüber recht vorsichtig sein und darf auch nicht in uns über jede Äußerung des Herrn Boermann als sachverständig ergehen, denn sonst würde Herr Boermann auf das Buntpapier nicht so reingefallen sein (Gelächter).

Abg. Windthorst: Da der Rahmen der Kolonialpolitik, in dem wir uns bewegen sollen, weder hier noch in der Budgetkommission näher dargelegt worden ist, so befinden wir uns einem vollkommen dunklen Unternehmen gegenüber, und gegen ein generelles Engagement in dieser Sache war es nur die Erklärung des Abg. von Franckenstein Namens der konservativen Partei gerichtet. Wenn auch die Agrarier für diese Kolonialpolitik eintreten, aus der die Landwirtschaft einen Nutzen nicht zieht, so ist doch andererseits in der Kommission für die Dampfschiffsubvention schon eine Rivalität hervorgerufen; dort heißt es: Boermann contra Meier. Es war an der Zeit, die Frage der Verantwortlichkeit für die Kolonialpolitik klar und bestimmt hinzustellen. Der Reichskanzler hat im Juni vorigen Jahres gesagt, die Kolonien würden einige Konjunkturschwächen müssen; dazu habe ich seiner Zeit meine volle Zustimmung und Befriedigung ausgesprochen. Aber es ist richtig, wenn Abg. v. Franckenstein sagt, daß dieser Rahmen der Kolonialpolitik bereits überschritten sei. Denn wir haben in Kamerun schon einen Gouverneur zu ernennen und für denselben die nötigen Mittel zu beschaffen; wir werden ein Kriegsschiff stets bereit halten müssen zum Schutz der Kolonien und der Kaufleute, die dort sind, und dazu kommt noch eine größere Reihe Konjunkte. Auch in der Dampfschiffsubventionskommission die Frage betreffs der afrikanischen Linie wesentlich in Bezug auf unsere kolonialen Unternehmungen in Afrika erwogen. In der Erklärung des Abg. v. Franckenstein lag nichts, was die Kolonisation im Allgemeinen verurtheilt und was uns in Konflikt brächte mit der Anschauung des Volkes. Wenn die Leute, die bemüht sind, im Lande diese Frage aufzubringen zu allerlei Zwecken, besonders zu Wahlzwecken, es bewirken sollten, daß das Volk über unsere Gründe befragt, so wird die Antwort einfach lauten: so und so viel Millionen sollen mehr gezahlt werden, und die können wir angeht, der schon bestehenden Lasten nicht ausbringen. Es würde richtiger gewesen sein, die Anträge gar nicht in dieser Schale, wie es geschehen ist, gegenüber zu stellen. Wir hätten die Sache lieber in Ruhe gelassen, so wie die Erklärung des Abg. v. Franckenstein es ergab. Nachdem aber die Herren (rechts) anders vorgegangen, muß man eine deutliche Sprache reden. Eine verständige und maßvolle Kolonialpolitik werden wir unterstützen, nicht aber ein unbedimmtes Etwas, selbst wenn der Reichskanzler die Sache in der Hand hat. (Beifall im Centrum.)

Abg. Boermann (nationallib.): Der Abg. Richter hat meine Worte dem Sinne nach nicht richtig verstanden. Ich habe sagen wollen: einerseits, ob es sich um buntes Papier und Rundharmonika, um Glasperlen oder Nürnberger Spielwaren handele, es werden weite Kreise der Industrie von der Kolonialpolitik berührt und nicht bloß die Großindustrie. Eine Kolonialpolitik von Hamburg und Bremen hat in den Beziehungen der Dampfschiffsubventionskommission sich nicht gezeigt, sondern jetzt hat sich Einmütigkeit gebildet, außer in Fragen, die man überhaupt verschiedener Meinung sein kann. Wenn die Herren durch dergleichen Bemerkungen meinen, die Vorlage solle bringen zu können, so sage ich ihnen: das ist unzulässig. Und wenn eine solche Rivalität existierte, so weise ich die Rivalität in den süddeutschen Städten hin. Die Konkurrenz kann im Uebrigen der Sache nicht schaden, sondern ihr nur zu Gute kommen. Mit der Ausdehnung unseres Handelsverkehrs werden ganz naturgemäß auch an die deutsche Marine immer stärkere Ansprüche gestellt werden. Sie ist übrigens seit Jahren bereits den deutschen Handel überseeischen Ländern gestützt. Ich erinnere an den Fall von Peru, wo ein deutsches Schiff mit Beschlag belegt war; in dem Fall an der westafrikanischen Küste, wo ein deutsches Schiff, das durch Neger geplündert wurde, durch das Eingreifen der Marine gerettet worden ist. Wie wichtig ein derartiger Schutz ist, beweist auch die und heute zugegangene Schrift über die Fidschi-Inseln. Dadurch, daß die deutsche Regierung zeigt, daß sie Ernst macht, werden die Kolonien in Zukunft mehr geschätzt sein. Die Kolonialpolitik, wie sie sich den letzten Monaten entwickelt hat, trägt dazu bei, nicht nur den Einzelnen an einzelnen Plätzen, sondern den gesamten Handel und an allen überseeischen Plätzen zu stützen und zu fördern. In diesem Sinne fasse ich es auf, wenn wir uns die Bewilligung des Marinebudgets erklären. Wir müssen die Marine fortentwickeln; ein Stehenbleiben wäre verfehlt. Ich habe die übermäßige Begeisterung nicht geteilt; ich möchte gar sagen: ich habe am meisten darunter gelitten.

Abg. Meier (Bremen) bestritt gegenüber dem Abgeord. Windthorst, daß zwischen ihm und dem Abg. Boermann Rivalität bestehe, und Abg. Boermann sagt hinzu, daß heute in der Submissionskommission die Bedingungen für die Dampfschiffsubvention festgestellt seien, ohne daß sich dabei Differenzen herausgestellt hätten.

Diese Position wie alle folgenden werden bewilligt. Bei Art. 55 (Cairo- und Garnisonverwaltung) erinnert Abgeord. v. Helledorff daran, daß durch die Einführung der Selbstverwaltung bei der Marine die selbstständigen Handwerker nicht geschädigt werden dürften, wie das mehrfach geschehen sei. Auch die Ausbildung der Mannschaften sei die Selbstverwaltung unzulässig.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Die Selbstverwaltung ist durch Allerhöchste Ordre eingeführt und soll zum Wohle der Mannschaften dienen. Daß dadurch nicht die Ausbildung der Leute, welche zum Handwerksdienst kommandirt werden, beeinträchtigt wird, dafür sorgen die militärischen Vorposten. Dem Flotte entstehen aus der Selbstverwaltung erhebliche Ersparnisse; allein beim Seebataillon jährlich über 100 Mark, und die Mannschaften befinden sich besser dabei. Das Kapitel wird bewilligt.

Bei Kap. 60 "Verfälschung" bringt Abg. Meier (Sozialdemokrat) eine Reihe von Maßregelungen zur Sprache, welchen einige Arbeiter der Schiffswerke wegen angeblicher sozialdemokratischer Agitation verfallen seien. Die betreffenden zum Theil lange Jahre thätigen Arbeiter seien auf Veranlassung des Ober-Verfälschers von Wilhelmshaven sofort entlassen respektive aus ihren Dienstwohnungen vertrieben worden und hätten auch anderswo in Wilhelmshaven keine Arbeit gefunden. Derartige Härten lägen gewiß nicht den Intentionen des Chefs der Admiralität. Es sei doch eigentümlich, wenn der Reichskanzler den Sozialdemokraten das dritte Duzend wünsche, während die Unterbeamten des Chefs Maßregeln in Szene setzten, die die Arbeiter dem Hungertode preisgeben.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Das Verfahren des Oberverfälschers hat meine volle Billigung gefunden. (Anruhe bei den Sozialdemokraten.) In der Arbeitsordnung für die Werftarbeiter steht ausdrücklich: Wenn ein Arbeiter einem Verein angehört oder beitreibt, welcher sozialdemokratische, nihilistische u. s. w. Tendenzen verfolgt, kann er ohne Kündigung sofort entlassen werden. (Bravo! rechts.) Die vier Arbeiter wurden von Gensdarmen amtlich als solche gemeldet, welche nicht etwa sozialdemokratisch gewählt, sondern sozialdemokratische Wahlzettel verteilt hatten; Einer von ihnen hat sogar versucht, einem Unteroffizier sozialdemokratische Pamphlete beizubringen.

Abg. Meier: Der betreffende Gensdarm hat vor dem Gemeindevorstand protokolllarisch ausgesagt, er wisse gar nicht, ob die von den Arbeitern ausgehüllten Stimmzettel sozialdemokratische waren. Die Abschriften dieser Protokolle hat aber der Oberverfälscher einbehalten, um so die Arbeiter zu verhöhnen, sich schriftlich von dem unbegründeten Verdacht zu reinigen.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Ich muß dieses bis weiteres bestritten. Mißtrauen mag eine demokratische Tugend sein, innerhalb einer Verwaltung und der Truppe würde es Gift sein. Ich habe bisher noch keinen Anlaß zum Mißtrauen gegen meine Beamten gehabt; und werde zu ihnen so lange Vertrauen haben, bis mir das Gegentheil auf Grund amtlicher Nachrichten dargelegt wird. (Beifall.)

Abg. Bebel: Durch die Maßnahmen der Verfassungsverwaltung werden die Arbeiter so recht daran erinnert, daß sie sich in einer Art unwürdiger Sklaverei befinden. Wie vertragen sich jene Maßregeln mit dem den Arbeitern gesetzlich garantierten politischen Wahlrecht? Gerade in diesen Dingen zeigt es sich am klarsten, wie es eigentlich mit der angeblichen Arbeiterfreundschaft der Regierung bestellt ist! Die Maßregeln sind ein Hohn auf das allgemeine Bürgerrecht der Arbeiter.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Die betreffenden Arbeiter sind nicht ohne, sondern nach erfolgter Kündigung entlassen (Abg. Bebel: Ist ganz gleich!), also mit Milde behandelt worden. Auch der Arbeitgeber hat aber seine Pflichten und Rechte; und so lange ich an dieser Stelle sitze, halte ich an meiner Pflicht fest, Leute, welche — sie mögen eine Gesinnung haben, wie sie wollen — in den Werften sozialdemokratische Agitation treiben, zu entfernen. (Beifall.) Auf den Werften kommen die Arbeiter mehr wie irgend wo anders mit den Soldaten in Berührung; die sozialdemokratischen Tendenzen würden für die Truppe ein Gift sein, wenn sie eindringen, und ich habe die Pflicht, sie davon zu bewahren. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel: Ob unsere Tendenzen nach der Meinung des Chefs der Admiralität Gift sind oder nicht, das bleibt sich gleich. (Lachen rechts.) Dies Gift werden Sie von der Truppe doch nicht fernhalten können! Beim nächstigen Nachdenken müssen Sie sich doch sagen, daß, wenn wir bei den letzten Wahlen 600,000 Stimmen erhalten haben, hinter diesen noch einige andere Hunderttausende stehen, die noch nicht wahlberechtigt sind und im militärischen Alter stehen. Am wenigsten aber werden Sie jenes Gift von der Truppe fernhalten, wenn Sie in der Weise für die Unzufriedenheit Ihrer Arbeiter sorgen, wie das bei der Verfassungsverwaltung geschehen ist, und wie es auch vielfach in anderen staatlichen Verwaltungszweigen vorkommt. Seit es bekannt geworden ist, daß unsere Partei ein Arbeiterchutzgesetz vorbereitet, erhalten wir seit Wochen aus Betrieben, die unter der Staatsverwaltung stehen, aus den Eisenbahnwerkstätten der Staatsbahnen zahlreiche Klagen und Beschwerden über die Behandlung, welche die Arbeiter dort erfahren.

Das Kapitel und der Rest werden ohne Debatte genehmigt.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Börsesteuerantrag v. Wedell-Ralchow. Der Abg. Marquardsen zeigt an, daß er morgen den Antrag stellen werde, den inzwischen eingebrachten nationalliberalen Antrag auf Aenderung des Reichsrempelabgabengesetzes gleichzeitig mit dem Antrage v. Wedell zu beraten.)

und sich dabei auf den Reichskanzler berufen. Es ist aber doch ein Unterschied, ob hier oder in dem Reichstag vom Defizit gesprochen wird, und der Reichskanzler hat Recht, daß die Erhöhung der Ratifikationsbeiträge nicht ein Defizit sei; diese ist ein verfassungsmäßiges Mittel zur Bilanzierung des Staats.

Abg. v. Benda bemerkt, daß die Eisenbahnpolitik zu einem Zusammenbruch führen werde; denn der Staatsschuldensiehe der Eisenbahnbesitz gegenüber, der viel werthvoller sei. Die Finseduktion der 4-prozentigen Anleihe treffe allerdings manche Familie, allein es bleiben ja noch die 4 1/2- und 5-prozentigen Eisenbahnprioritäten wohl noch auf eine Reihe von Jahren bestehen. Die Eträge der Forstverwaltung haben sich in der letzten Zeit gehoben; es sei nur zu bedauern, daß der Minister die Freude darüber durch die Ermäßigung der Holzpreiserhöhung getrübt habe. Auch bei der Domänenverwaltung sei ein Mehr zu erwarten. Beträübend sei allerdings die Aufgabe bei der Zukunftsverwaltung. Im Ganzen wäre ohne die Erhöhung der Ratifikationsbeiträge der Etat ein befriedigender. Es wäre wohl besser, wenn man die vielfachen Forderungen von Schulen u. s. w., soweit es bei den preussischen Mitteln möglich ist, zu befriedigen suche. Die Schullehrer werden jetzt lieber 100,000 M. nehmen, als sich nochmals auf eine ferne Zukunft vertöhlen lassen. Redner beantragt schließlich, gewisse Theile des Etats in die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. Mooren: Das Bestreben der Zentralfaktion aller Verwaltungszweige in Berlin zeige sich auch in diesem Etat in bedenklichem Maße; das diene nicht gerade zur Entlastung der Provinzen. Die Vagabonden ziehen noch immer im Lande umher, man solle von der Humanitätsschwärmerei etwas ablassen. Die Wälder im Regierungsbereich müssten verschwinden immer mehr, weil die Gemeindefürsorge aufgelöst werden. Redner bedauert, daß die Ausgaben für den kaiserlichen Gerichtshof und für Schulinspektionen noch immer im Etat stehen. Die Landwirtschaft liege darnieder, so daß die Auswanderung nach Amerika als einzige Rettung erscheine. Die Steuereinschätzung sei immer schäfer geworden; der mobile Besitz werde gar nicht getroffen.

Abg. v. Minnigerode: Die einfachsten Dinge werden immer zu politischen Reklamationen benutzt; so schob Herr Richter die Mißerfolge der Regierung zu und sprach von einem Fiasko der Finanzpolitik. Er wollte wohl nur das Fiasko seiner Partei damit verdecken. Die Verhältnisse sind eben stärker als die Menschen; die Ausgaben im Reich kann auch der Abg. Richter und seine Freunde nicht so beschränken, daß das Plus von 24,000,000 M. Ratifikationsbeiträge verschwindet. Das allmähliche Steigen der Einnahmen bei den Domänen und Forsten sei erfreulich. Die finanziellen Resultate der Eisenbahnverstaatlichung sind allerdings nicht so glänzend, wie zu wünschen, das liegt aber an dem Ausbau der wenig rentirenden Strecken, an der großen Anspannung aller Kräfte. Der Niedergang der Zuckerindustrie ermäßige auch die Transporte. Man habe wohl den festen Punkt bei den Eisenbahneinnahmen erreicht; auf weitere Vermehrungen könne man vorläufig nicht rechnen. Wenn die Ueberschüsse aus den früheren Jahren schlen, dann ist der Etat von vornherein schlechter gestellt. Man hat davon geträumt, daß die konservative Politik in der letzten Zeit keinen Erfolg aufzuweisen hätte. Wir haben verschiedene Vandalenordnungen festgesetzt, das Zwangsvollstreckungsgesetz, das Organisations- und Zuständigkeitsgesetz, die Neuorganisation von Hannover und die Milderung der kirchlichen Verhältnisse, eine feste Majorität kann man dafür nicht verantwortlich machen, denn die Konservativen sind bald mit dem Zentrum, bald mit den Nationalliberalen zusammengegangen. Wer eine Majorität dafür verantwortlich macht, will nur dadurch vergessen machen, welchem Joch er sich selbst bei der Wahl hat unterwerfen müssen, und welches Joch ihm noch erst in der letzten Zeit insolge der Kolonialpolitik aufgelegt worden ist. (Beifall rechts.)

Eisenbahnminister Raybach: Der Abg. Richter hat geglaubt, daß der Ueberschuss von 23 Millionen, den der Eisenbahnetat aufweist, nicht so erfreulich sei, wie die früheren höheren Ueberschüsse. Es wird ja der Verwaltung nicht verdedet werden können, daß sie mit der Veranschlagung mit großer Vorsicht verfährt. Die Ermäßigung der Tarife der früheren Privatbahnen sind mit mehrfachen Ausfällen verknüpft gewesen. Ich schätze ihn für die schließlichen Bahnen allein auf 2 1/2 Millionen. Die Rückzahl auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Landes habe die Nothwendigkeit ergeben, bei der Veranschlagung um so vorsichtiger zu sein, als im laufenden Etat bereits ein Plus von 38 Millionen eingestellt ist. Daneben werden für Erneuerungen 4 1/2 Millionen, für Meliorationen 5 1/2 Mill. für Einkommensverbesserungen 1 1/2 Millionen mehr aufgegeben als früher. Das Gesamtergebnis ist also jedenfalls ein überaus günstiges. Der Ueberschuss beträgt 200 und 1/2 Millionen, worunter allein 15 Millionen für Amortisationen. Die Verzinsung der Eisenbahnkapitalschuld erfordert einen Aufwand von 157 Millionen. Es bleibt also ein Ueberschuss von 41 Millionen, davon sollen verwandt werden zur Deckung des Defizits 2,200,000 Mark, zur Amortisation 30 Millionen. Der Rest soll für andere Staatszwecke disponibel gehalten werden. Aus diesen Resultaten sind keine Besorgnisse zu schöpfen, und wenn man auch den Daumen auf den Beutel halten will, so hoffe ich, Sie werden nicht lang sein, wenn wir demnach mit einer Vorlage an Sie treten, welche darauf abzielt, das Eisenbahnwesen zu verbessern und neue Meliorationsbahnen zu bauen. (Beifall rechts.)

Abg. Bächtemann weißt aus den Reden im Reichstag nach, daß sowohl von der Regierung als von den Parteien die Meinung getheilt worden sei, daß in erster Reihe Gleichstellungen der Steuern herbeigeführt werden sollen, nicht eine Deckung des Defizits. Die Entlastung ist bisher nur in sehr geringem Maße erreicht; nicht einmal die Einzelstaaten haben viel davon erhalten. Von den 130 Millionen neuer Steuern sind Preußen kaum 40 Millionen zugefallen, während der Finanzminister Hobrecht auf einen Ertrag von 168 Millionen gerechnet hatte, wovon 100 Millionen auf Preußen fallen sollten. — Der Minister habe Anträge der Beamten wegen Verbesserungen der Besoldungen ziemlich schroff abgewiesen und sie als „überflüssig und unangemessen“ bezeichnet. Wenn die Meliorationsbahnen das finanzielle Resultat der Eisenbahnen verschlechtern, dann sollte man zu einem anderen System übergehen, vielleicht den Bau den Privaten überlassen. Zu gesunden Verhältnissen könne man nicht kommen, wenn man nicht die direkten Steuern als werthvoll beibehalte. Die Grundsteuer sei allerdings für Kommunalzuschläge nicht geeignet.

Finanzminister v. Scholz: Auch dem Abg. Bächtemann ist der Nachweis, daß die Regierung vor der Steuerreform Versprechungen gemacht und nachher nicht gehalten habe, nicht gelungen. Die Steuerreform ist ja noch nicht ganz abgeschlossen, wie stehen vielmehr noch darin. Man habe 1879 den ersten unzulänglichen Schritt dazu getan. Die Reden, die seitdem gehalten worden sind, gehören also alle noch dazu und sind in ihnen ist es deutlich ausgesprochen, daß es sich zunächst um Deckung des Defizits handelt.

Nachdem noch der Regierungskommissar Geheimrath Reymund einige vom Abg. Bächtemann vorgetragene Zahlen berichtet hat, wird um 4 Uhr die weitere Verathung bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Außerdem stehen noch eine Rechnungsvorlage und Rechnungsschaftsberichte auf der Tagesordnung.

Lokales.

N. Dem Zoologischen Garten ist in den letzten Tagen ein ebenso seltenes wie werthvolles Geschenk von einem

